

Waffenkampf

Kommunistisches Organ
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Waffenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertag. Einzelpreis: 10 Pf. Haus monatlich 2.90 Mark; durch die Post bezogen 3.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Freitag und Samstag: Probierheft kostenlos für den Bezirk Halle-Merseburg. Geschäftsstelle: Halle, Verdensteilstraße 14.

Herausgeber:
Otto Kilian

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig 1 d. Millimeter Höhe u. Breite; 70 Goldpfennig 1 Zeile in 10 Zeilen. Manuskripte zu richten nach Halle, Verdensteilstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Kriantenkamp Halle. Kontofort: Commerz- u. Privat-Bank Halle. Verlagsnummer: 109348 Fritz Koch, Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Sonnabend, den 8. August 1925

5. Jahrgang * Nr. 170

Wie schützen wir die Weimarer Verfassung?

Von Ferdinand Lassalle

Sie wissen, meine Herren, es gibt in unserer Stadt eine Partei, deren Organ die „Volkszeitung“ ist, eine Partei, die sich dennoch mit fieberhafter Angst um diesen Johaenstummel, um unsere durchlöcherterte Verfassung schart, eine Partei, die sich daher die „Verfassungstreuen“ nennt und deren Fahlschrei ist: „Nacht uns an der Verfassung halten, um Gottes willen die Verfassung, die Verfassung, Hilfe, Rettung, es brennt, es brennt!“

Meine Herren, so oft Sie, gleichwohl wo und wann leben, daß eine Partei auftritt, welche zu ihrem Fahlschrei den Angriff macht: „Ich um die Verfassung kämpfen“ — was werden Sie hieraus schließen können? Ich frage Sie, meine Herren, hier nicht als tollende Menschen; ich richte meine Frage nicht an Ihren Willen. Ich frage Sie lediglich als deutende Menschen. Was werden Sie aus dieser Erscheinung schließen müssen?

Nun, meine Herren, Sie werden sich, ohne Propheten zu sein, in einem solchen Falle immer mit größter Sicherheit sagen können, diese Verfassung liegt in ihren letzten Zügen, sie ist schon so gut wie tot, einige Jahre noch und sie existiert nicht mehr.

Die Gründe sind einfach. Wenn eine geschriebene Verfassung den tatsächlichen im Lande bestehenden Machtverhältnissen entspricht, da wird dieser Schrei nie ausgehoben werden. Einer solchen Verfassung bleibt jeder von selbst drei Schritte vom Leibe und hütet sich, ihr nahezutreten. Er würde anderenfalls sehr schlecht wegkommen. Wo die geschriebene Verfassung den realen tatsächlichen Machtverhältnissen entspricht, da wird die Erscheinung gar nicht vorkommen können, daß eine Partei ihren besonderen Gehör aus dem Festhalten an der Verfassung macht. Wo dieser Ruf ausgehoben wird, ist dies ein sicheres Zeichen, daß er ein Angriff ist. Und wo dieser Widerspruch einmal da ist, da ist die geschriebene Verfassung — sein Gott und sein Schreien kann hier helfen — immer unrettbar verloren!

Sie kann auf entgegengesetzte Weise abgeändert werden, nach rechts oder links hin, aber bleiben kann sie nicht. Sie kann nach rechts hin abgeändert werden, indem die Regierung die Veränderung vornimmt, um die geschriebene Verfassung in Übereinstimmung mit den tatsächlichen Machtverhältnissen der organisierten Macht der Gesellschaft zu setzen. Oder aber es tritt die unorganisierte Macht der Gesellschaft auf und beweist von neuem, daß sie größer ist als die organisierte. In diesem Falle wird die Verfassung wieder eben so weit nach links hin abgeändert und aufgehoben wie vorher nach rechts. Aber verloren ist sie in jedem Falle.

Man ist nun eine geschriebene Verfassung dauerhaft? Nun, offenbar nur dann, wenn sie der wirklichen Verfassung, den realen, im Lande bestehenden Machtverhältnissen entspricht. Wo die geschriebene Verfassung nicht der wirklichen entspricht, da findet ein Konflikt statt, bei dem unbedingt auf die Dauer die geschriebene Verfassung, das bloße Blatt Papier, der wirklichen Verfassung, den tatsächlichen im Lande bestehenden Machtverhältnissen unterliegen muß.

Was hätte also 1848 geschehen müssen?

Nun, man hätte vor allen Dingen nicht geschriebe, sondern wirkliche Verfassung machen müssen, d. h. also, die im Lande bestehenden realen Machtverhältnisse hätten geändert, zugunsten der Bürger geändert werden müssen.

Zwar hatte sich schon am 18. März gezeigt, daß die Macht der Nation allerdings schon jetzt größer sei als die Macht des stehenden Heeres. Nach einem langen und blutigen Kampf hatten sich die Truppen zurückziehen müssen.

Man ist sich früher als den wichtigsten Unterschied aufmerksam gemacht, der zwischen der Macht der Nation und der Macht des stehenden Heeres besteht und welcher zur Folge hat, daß die kleinere Macht des stehenden Heeres auf die Dauer dennoch wirksamer ist als die — wenn auch in Wahrheit — größere Macht der Nation.

Dieser Unterschied besteht, wenn Sie sich erinnern, darin, daß die



Macht der Nation eine unorganisierte ist, die Macht des stehenden Heeres aber eine organisierte, welche täglich parat steht, den Kampf wieder aufnehmen, und auf die Dauer daher wirksamer sein und das Feld behaupten muß gegen die, wenn auch größere aber unorganisierte Macht der Nation, welche nur in seltenen Augenblicken großer Erregung sich zusammenballt.

Sollte also der am 18. März erfochtene Sieg nicht notwendig wieder für das Volk resultatlos werden, so mußte der siegreiche Augenblick benutzt werden, um die organisierte Macht des stehenden Heeres demütigen, daß sie nicht wieder als ein bloßes Machtmittel des Fürsten gegen die Nation verwendet werden konnte. Man mußte bestimmen, daß alle niederen Offiziere, bis mindestens zum Major inklusive, nicht von oben herab ernannt, sondern von den Truppenführern selbst gewählt würden, damit auch die Offiziersstellen nicht in einem volkstümlichen Sinne besetzt werden und hierdurch dazu beitragen könnten, das Heer in ein blindes Instrument der Fürstennacht zu verwandeln.

Man mußte ferner das Heer für alle nicht speziellen militärischen Verrichtungen unter die gewöhnlichen bürgerlichen Stellen stellen, damit es auch hierdurch sich als ein Gemeinvermögen mit dem Volke und nicht als etwas Apartes, als eine besondere Kaste betrachten lernte.

Man mußte ferner alles Geschütz, die Kanonen, die ja nur zur

Landesverteidigung dienen sollen, soweit sie nicht unumgänglich zu militärischen Übungen nötig sind, in den Verwahr der Behörden stellen, vom Volke gewählten Behörden stellen. Mit einem Teil dieser Artillerie mußte man ferner Artillerie-Schützen der Bürgerwehr bilden, um so auch die Kanonen, dieses so wichtige Stück Verfassung, in die Macht des Volkes zu bringen.

Von allem diesem, meine Herren, ist im Frühjahr, im Sommer 1848, nichts geschehen, und konnten Sie sich daher wundern, wenn die Märzrevolution im November 1848 wieder rückgängig gemacht wurde und resultatlos blieb? Gewiß nicht, es war dies eben eine notwendige Folge davon, daß jede Veränderung der realen tatsächlichen Machtverhältnisse unterblieben war.

Die Fürsten, meine Herren, sind viel besser bedient als Sie! Die Diener der Fürsten sind keine Schönredner, wie es die Diener des Volkes oft sind. Aber es sind praktische Leute, die den Instinkt haben, worauf es ankommt. Herr von Manteuffel war gewiß kein großer Redner. Aber er war ein praktischer Mann! Als er im November 1848 die Nationalversammlung geirrt und die Kanonen auf den Straßen aufzuführen hatte — womit fing er an? Mit dem Niederreißen einer realistischen Verfassung etwa? O Gott behüte, dazu nahm er sich Zeit! Er gab Ihnen sogar selbst im Dezember 1848 eine ziemlich liberal geschriebene Verfassung. Womit fing er aber damals im November sofort an, welches war seine erste Maßregel? Nun, meine Herren, Sie erinnern sich dessen ja: er begann damit, die Bürger zu entwaffnen, ihnen die Waffen abzunehmen. Sie sehen, meine Herren, den Besiegten entwaffnen, das ist die Hauptaufgabe für den Sieger, wenn er nicht will, daß sich der Kampf jeden Augenblick wieder erneuern soll.

Eine geschriebene Verfassung machen, das war das Wichtigste, das ist, wenn es sein muß, in dreimal vierundzwanzig Stunden getan, das war das Letzte von allem; damit war, wenn sie vorzeitig kam, auch nicht das Allergeringste getan. Die wirklichen tatsächlichen Machtverhältnisse im Lande umgefallen, in die Gesetzgebung eingreifen, so sehr eingreifen und tatsächlich so sehr umformen, daß sie sich nicht wieder selbständig dem Willen der Nation entgegenstellen konnte — das war es, worauf es damals ankam und was vorausgehen mußte, damit eine geschriebene Verfassung von Dauer sein konnte.

Wenn Sie in Ihrem Garten einen Apfelbaum haben und hängen an denselben einen Zettel, auf den Sie schreiben: dies ist ein Feigenbaum, ist denn dadurch der Baum zum Feigenbaum geworden? Nein, und wenn Sie Ihr ganzes Hausgelande, ja alle Einwohner des Landes herum verpacken und laut und feierlich beschwören liegen: dies ist ein Feigenbaum — der Baum bleibt, was er war, und im nächsten Jahr da wird sich's zeigen: da wird er Apfel tragen und keine Feigen.

Genau ist es, wie wir gesehen haben, mit der Verfassung. Was auf das Blatt Papier geschrieben wird, ist ganz gleichgültig, wenn es der realen Lage der Dinge, den tatsächlichen Machtverhältnissen widerspricht.

Der König hatte sich auf dem Blatt Papier vom 5. Dezember 1848 von selbst zu einer großen Anzahl Konzeptionen verstanden, die aber alle der wirklichen Verfassung widersprachen, nämlich den realen tatsächlichen Machtverhältnissen, die der König ungeschwächt in seiner Hand behielt. Mit denselben Notwendigkeit, die im Geleche der Schwertzeit liegt, mußte daher die wirkliche Verfassung sich Schritt für Schritt über die geschriebene Verfassung durchsetzen.

So mußte der König, sobald die Verfassung vom 5. Dezember 1848 von der Nationalversammlung angenommen war, sofort die erste Veränderung, das oft zitierte Dreifachgesetz vom 1849, vornehmen. Mit Hilfe der durch dieses Dreifachgesetz erzeugten Kammer mußten weiter die wesentlichen Verfassungsänderungen vorgenommen werden, damit sie nur im Jahre 1850 vom König beschworen werden konnten, und nachdem sie beschworen waren, begannen ihre Wirkungen sofort recht

Jedes Jahr ist auch seit 1850 mit solchen Umänderungen besetzt. Keine Fabrik, die 100 Schichten mitgemacht hat, kann lohnlos und durchlöchernt sein, wie unsere Verfassung!

Wenn Sie, meine Herren, den Vortrag, den ich Ihnen zu halten die Ehre hatte, nicht nur selbst und sorgfältig durchlesen, sondern ihn zu allen in den kommenden Tagen vorzubereiten, so werden Sie zum Recht aller Verfassungen und aller Verfassungsverhältnisse gelangen. Verfassungsverhältnisse sind vornehmlich nicht Rechtsfragen, sondern die realen tatsächlichen Machtverhältnisse, die in einem Lande bestehen; geschriebene Verfassungen sind nur dann von Wert und Dauer, wenn sie der genauen Ausdruck der wirklichen, der Gesellschaft beherrschenden Machtverhältnisse sind — das sind die Grundzüge, die Sie selbst bezeichnen. Ich habe Ihnen diese Grundzüge heute nur mit besonderer Beachtung der Heresmiten entwickelt — einmal, weil die Kräfte der Zeit nicht mehr erlauben, zweitens, weil das hier die entscheidende und wichtigste aller organisierten Mittel ist. Sie besprechen aber noch nicht, das es sich nur ganz ähnlich mit der Organisation der Parteigruppen, der Vermittlungsorganen usw. verhält; diese sind ebenfalls die organisierten Mittel einer Gesellschaft. Halten Sie diese Verträge fest, so werden Sie, meine Herren, wenn Sie sie wieder in die Tage kommen, sich selbst eine Verfassung zu geben, wissen, wie man da zu verfahren hat und wie nicht mit dem Volkswort eines Blattes Papier, sondern nur damit etwas getan ist, wenn man an den tatsächlichen Machtverhältnissen ändert.

Dieser Vortrag ist aus unentgeltlichen Vorträgen von Johannes Weber über Betriebsräte (gehalten in Berlin am 16. April 1920) entnommen.

Gegen die monarchistische Gefahr!

Welche Kampfmaßnahmen schlagen die Kommunisten den sozialdemokratischen Arbeitern vor?

Nachdem die deutsche Arbeiterklasse mangels einer revolutionären Führung so verlor, die fünfjährige Stunde von 1918/19 auszunutzen und ihre eigene Diktatur zu errichten, ist die Bourgeoisie, die sich damals in der Räder verflochten hatte, von Jahr zu Jahr stärker und freier geworden. Der Wahlsieg Hindenburgs am 28. April bildete den — vorläufigen Höhepunkt der Rückkehr der alten Mächte. Die Sozialdemokratie hat der fortschreitenden gegenrevolutionären Offensive nichts weiter entgegenzusetzen gehabt als papiernen Protekte und im übrigen Anpreisung der Bündnispolitik mit Demokraten und Zentrum, den Vertretern der kapitalistischen Ausbeuter. Sie hält selbst heute noch an dieser Politik fest, nachdem das Zentrum offen zu einer Hauptstütze der monarchistischen Luther-Regierung geworden ist.

Die Kommunistische Partei hat am 28. April, zwei Tage nach der Wahl Hindenburgs, den Vorständen des ADGB und der SPD vorgeschlagen, mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln die sofortige Verwirklichung folgender Abwehrmaßnahmen gegen die Monarchisten durchzusetzen:

1. Sofortige Auflösung der monarchistischen Reichswehr
2. Auflösung der monarchistischen Verbände
3. Sofortige Aufhebung der Kaserneierung und Militarisierung der Schupo
4. Abschaffung der Technischen Hochschule
5. Sofortige Konfiskation der Vermögen aller früheren deutschen Fürsten und Ausweisung aller Angehörigen der Herrscherhäuser aus dem deutschen Reichsgebiet
6. Sofortige Säuberung der Beamtenschaft von monarchistischen Elementen
7. Sofortige Aufhebung des Staatsgerichtshofes in Leipzig und Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen
8. Sofortige Einführung des harten Achtundtags
9. Aufhebung aller die Massen belastenden Steuern.

Das sind keine kommunisistischen, ja nicht einmal Sozialdemokratische Forderungen; auch die bürgerlichen Reichsbannerparteien hätten dafür eintreten müssen, wenn es ihnen mit dem Schutze der Republik irgendwie ernst wäre. Die Reichsbannerparteien haben gemeinsam mit den Kommunisten im Reichstag und im Preussischen Landtag die Mehrheit, sie konnten und können also in jedem Augenblicke Geleise zur Durchführung dieser Forderungen in völlig verfassungsgemäßer Weise beschließen — wenn sie wirklich verfassungsgemäße Weise beschließen — wenn sie wirklich republikanisch waren.

Aber hier sind es republikanische, die grundsätzliche Gegner dieser „demokratischen“ Republik sind, sind heute die einzigen, die ernstlich für den Schutze der Republik gegen die monarchistische Gefahr eintreten, weil sie wissen, daß mit dem vollen Siege der Monarchisten die Lage der Arbeiterklasse noch viel ungünstiger würde als sie heute ist.

Sozialdemokratische Klageliedern! Eure Partei hat bisher diese und alle anderen Vorschläge der Kommunisten überhaupt nicht beantwortet, hat sich mit bloßen Schimpfanreden um die Antwort herumgedrückt, anstatt durchaus sachlich entweder diesen Vorschlägen zuzustimmen oder andere brauchbare Gegenmaßnahmen zu machen.

Sie behaupten immer, die Kommunisten seien unzuverlässig und man könne mit ihnen kein Abkommen schließen, es würde doch nicht gehalten. Aber warum leben sie dann nicht die Kommunisten ins Unrecht, indem sie auf die Vorschläge eingehen und so beiden Parteien Gelegenheit geben, im Kampfe zu zeigen, wer wirklich gegen die Monarchisten kämpft?

Fordert von Euren Führern Antwort darüber, wie sie zu den kommunisistischen Vorschlägen stehen und warum sie nicht geantwortet haben.

Zentrumsarbeiter gegen die Politik ihrer Partei

Düsseldorf, 5. August.
Eine Bezirkskonferenz der katholischen Arbeitervereine Düsseldorf richtete an die Reichsorganisation des Zentrums eine Rundschreiben, in der u. a. gesagt wird:

„Die katholische Arbeiterchaft hält eine weitere Belastung des ständigen Bedarfs durch Zölle für untragbar. Sie begrüßt den Schritt der Arbeiter-Zentrumsabgeordneten hinsichtlich Aufhebung der Umwälzung auf Selbstamt.“

Weiter wird gefordert, noch einen Schritt weiter zu gehen, indem die alte Forderung, die Hauswirtschaft ausschließlich dem Wohnungszweck dienlich zu machen, mit allem Nachdruck vertreten wird. Die Parteiführer werden gebeten, die Steuerordnung der Regierung als s. 1 zu heben, weil die heutigen Vermögensverhältnisse es notwendig machen, die Einkommensteuer zu erhöhen. Die Arbeiterchaft des Rheinisch-westfälischen Industriegebietes hingegen, die vornehmlich durch die Arbeitslosigkeit infolge Massenbetriebsstilllegungen hervorgerufen ist. Man vermittle letztere der Regierung Maßnahmen zur Beseitigung dieser Not.
Wir glauben, daß der Appell der Zentrumsarbeiter an ihre mit den Sozialdemokratischen verflochtenen Fraktion auf solche Themen haben wird.

Das Zentrum und der Achtundtag

Das Unglückliche, das uns die Revolution bringen konnte, ist die unerschöpfliche Einseitigkeit des Achtundtags für alle Arbeiter und Angestellten gewesen. . . . Ich bin mir nicht im Zweifel darüber, daß heute fast alle denkenden Männer der Politik und Wirtschaft, auch die sogenannten Führer der Arbeiterchaft, davon durchdrungen sind, daß wir ohne Weisheit nicht wieder hochkommen. . . . Eingeleitet muß das Erforderliche von der Regierung werden; denn nur sie hat die Mittel in der Hand. Das es ohne Kampf nicht abgehen wird, darüber bin ich mir klar.“

Aus einem Brief des Zentrumsmitglieds T. Hoffmann an den Reichsminister. (19. August 1922.)

„Gegentum ist kein Diktat. Das der gerechte Gott das Stehlen verbietet hat, hat nur dann einen Sinn, wenn es rechtmäßiges Eigentum gibt. Es gibt freilich auch unrechtmäßiges Eigentum, und gerade durch die Art des Erwerbs. Man darf in unseren Tagen nur den „sachlichen Arbeitssitz“ anerkennen bei ihren Arbeitern, barmherzig die Stundenrechnung beibehalten, die sie mit lohnlos Gewissenhaftigkeit ausfüllen. Der Lohn, den ihnen am Sabbat ausgehändigt wird, ist vielfach ungerechter Mamon.“

Der „Christliche Bürger“, Speyer.

„Wir christlichen Arbeiter wollen nicht achtlos an den Schänden der Revolution vorübergehen. Das höchste Freiheit, das wir durch die Revolution eingehandelt haben, wiegt nicht mehr das verhängnisvolle Gewicht des Achtundtags auf. . . . Wir können den Achtundtag heute nicht anerkennen. Eine erheblich vermehrte Arbeitszeit ist das Gebot der Stunde.“

Der Zentrumsabgeordnete W. I. über auf einer Tagung des dritten Metallarbeiterverbandes, dessen Vorsitzender er ist. Kann ein klassenbewußter Arbeiter mit dieser Partei zusammen im „Reichsbanner“ sein?

Eine Erklärung der Zentrumsfraktion

Unterstützung der Regierungspolitik durch die Zentrumsfraktion

Zur Frage der Neubewertung des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete nimmt der Vorstand der Zentrumsfraktion in einer von der „Germania“ veröffentlichten Erklärung Stellung. Es heißt darin: Ingeheimen Zusammenhang zwischen dieser Frage und der rein sachlichen Einstellung der Frage zu den Gebietsverhältnissen der Reichsregierung besteht nicht und hat niemals bestanden. Die Stellung der Zentrumsfraktion zur Regierungspolitik wird sich weiterhin nach rein sachlichen Gesichtspunkten vollziehen. Die Fraktion unterstützt als staatsrechtlich Partei die Innen- und Außenpolitik der Reichsregierung, solange diese in der politischen Linie des Zentrums liegt. Eine sachliche Veranlassung zur Stellung im Sinne einer härteren Forderung der Fraktion an die Regierung zu ändern, liegt nicht vor. Die Fraktion erachtet die Entschärfung über die hauptamtliche Befragung des Reichsministeriums zurecht nicht als dringlich.

Zu deutsch: Man unterstützt weiterhin die Monarchistenregierung, will sich aber doch die Brücken nach „links“ offenhalten.

Nur der deutsche Sieg kann die SPD retten!

„Von allen Völkern, die von diesem Kriege betroffen sind, hat das deutsche am wenigsten Ursache zu verzweifeln. Es ist jetzt keine andere Lösung der Weltkrisen zu sehen als der erhoffte volle deutsche Sieg auch im Westen.“

„Vorwärts“ vom 8. April 1918. Beizartitel „Gewalt gegen Gewalt“.

„Wir haben keinen Grund, den Kopf hängen zu lassen. Wir haben kräftigere und viel schwerere Feinde durchgemacht. . . . Aber über eines müssen wir uns klar sein: der Weg zum Frieden geht heute wie vor vier Jahren nur über deutsche Siege. . . . Es gibt keine sicherere Anweisung als die, daß nur das volle deutsche Siegen die kolgen Feinde davon abhalte, in einen ehrenvollen Vergleichsreden zu willigen. Ein Vorr, was gläubt, daß wir durch Ententegegner niemals den Verhandlungspunkt näherten.“

„Internationale Korrespondenz“, 8. August 1918.

Der Magdeburger Parteiführer Holzgast richtet am Tage nach einer Funktionserhebung der sozialdemokratischen Organisation im Herbst 1916 an das Magdeburger Parteipräsidium folgendes Schreiben:

„Der Präsidentschaft, hier, Störstraße 17 wohnhaft, hat am 5. d. M. bei einer Veranlassung der Funktionäre der sozialdemokratischen Partei teilnehmend die folgenden Punkte überreicht, indem er sie in demselben Brief, den amnestierten Funktionäre übergeben und die unbesetzten Plätze besetzt.“

Beim Öffnen der Umschläge der politischen Partei im Herbst 1918 fanden sich viererlei solche Dokumente von SPD-Kongress — Fraktionsverbreitung wurde mit Zuschuss oder Einziehung zur Handhabung bestraft.

Am Kesselberg in Fländern

(Von einem Arbeiter)

Wäldes Gelände. Granatlöcher. Baumstümpfe ohne Krone. Kaputtgeschossene Säulen. Kanonenwege. In der Straße Cornet nach Melines — Kessel in Stellung. 50 Meter. Ein vom Weg. Ein Loch am anderen. Wasser. Stinke Luft. Nebel. Gas. Feindliche Feuer. Nachts durch — Stellung bauen! Stille voll Wasser. 49. Inf.-D. Div.-Kommandeur v. Lechitz wie hinter. Artillerie-Kommandeur nicht mit vorne. (Pour le mérite schloß nach.) Truppe kampfab. So viele Truppen, immer mehr Truppen, nicht alle werdende Kolonnen. Die Offiziere fest heute. Früh 5 Uhr. Artilleriefeuer. Sprengfeuer. Artilleriegeschosse. Flammenfeuer. Batterien liegen bis zu den Achsen im Schlamm. Jemand muß Rasse lochen, mit Wasser aus den Granatlöchern, wo Lote seit 1914 modern. Gewehre liegen im Schlamm. Lote, Beine guden heraus. Einzeln liegen herum mit Sand am Meer. Englische Munition. Schütze Feuer. Stellungsmangel nach vorn. Kesselweg nach Wareton. Arbeit und Leiden tag und Nacht. Artilleriegeschosse von Lote und Vermundeten. Gejangen. Gejangen mühen Vermundete mitnehmen. Melines genommen und Wäldes. (Wogen.) Essen keine. Wasser keine. Keine Zeit. Neue Befehle. Flieger. Schnaps empfangen. Ein halbes Kugelfisch. Neue Arbeit, neuer Stellungsweg. Munition fahrlos nach Wäldes. In der Straße liegen Güter, die nicht fahrlos können, sondern liegen zerstückelt daneben. Lote fahrlos. Gejangen einwie, liegt dabei. Kaputte M.-Wagen. Neue Kolonnen. Letzte Batterie fährt in Stellung. Was ist tot, Mann und Maus. Gute Gedränge finden im Morgengrauen ihre Abholung. Kamerad, wo kommst her? Von vorne. Wie heißt denn aus? Die Zeit. Borne alles schwarz. Kamerad, wo ist der Arbeit. Was vorwärts. Flieger fällt getroffen ab. Zwei schwere Batterien fliegen los. Können bringen Kohlen-Eisen.

Fast ein ganzes Graben voll toter Infanterie. Wäldes. Infanterie 228, 228, 228. Feldartillerie 49. Inf., Infanterie 26, Infanterie 1. Battalion, Flieger, Stützpunkt, Stützpunkt, M.-G.-Gürtel, Flammenwerfer. Gejangen Schützlinge. Kolonnen. Melberetter. Köcher. Flieger. Ein nach Wäldes. Kamerad in zwei. Jüdischer Wäldes. Dauernd unter. Kamerad, wo ist die Touren genommen. Gelbne, Jammern, ein Halbtoter, er ist nicht zu retten und stirbt. Vier Lote mit offenen Augen fliegen mich und meinen Kamerad an. Zwei Pferde zerfallen. Zwei englische Soldaten zwei Beine, und ich ein Arm ab. Lote. Kesselberg, Belgien.

wege, Magdalenen-Bern. Alles ein Trümmerhaufen. Auf dem Kesselberg steht noch ein Aussichtsturm. Ein Voltreffer, erledigt. Gejangen. Vermundete. Reutnant Lode fährt in Stellung mit Wogen. Voltreffer, tob. Voltreffer Lode und Vermundete. Infanterie wird abgeholt. Melines gut. Es nach hinten, zum Training. R. I. A. h. e. Artillerie bleibt. Stimmung nicht besonders. Urtauber kommen zurück. Gerade hinein. Das erfährt wieder, und nicht mehr wieder nach hinten. Lode. Große Hitze. Gestank. Wasser riecht. Lote langen an zu finken. Auf Tage liegen sie schon vor Melines. Lote Pferde. Eben ein Pferd verwundet. Alles hin, und in zehn Minuten ist nichts mehr da. Junger. Danach Durst. Wasser erst abholen.

Abholung nach drei Wochen. Fernsprecher noch fünf Mann von 15. Geflügelbedienung von sechs Mann, noch drei bis 4. Fahrer mit Belpannung lin ebenso knapp geworden. Batterieflieger tot. Von Sperrn her immer noch fährliches Feuer. Nachts flieht Himmel von Feuer, durch Karthago-Gründe. Alles ist zerfallen. Stiefel kaputt. Kamerad vom Dred. Stahlhelm weg. Mantel zerfallen. Bei Brägen in Wäldes. Postkamm. Gostkamp. Jovenschie. Kur-nelshom. Christommandant reitet auf seinem Gaul durch das Dorf. Man sieht hier nichts mehr vom Krieg. Nur die Vermundeten liegen: Range kann der Krieg nicht mehr dauern.“ W. A.

Die Waffe der Leno darf nicht kumpf werden!

„Der Elektrifiziert! Man macht mir den Vorwurf, daß von mir die Technische Hochschule zu spät eingeleitet sei. Es gilt meines Erachtens diese Einrichtung erst populär zu machen. Ich möchte mir in der Zurückweisung dieser Angriffe gewisse Reserven aufheben. Ich möchte nicht, daß die Waffe der Leno kumpf würde. So viel über das ich sagen, wäre es zu einem allgemeinen Streit der hiesigen Arbeiter gekommen, dann hätte die Technische Hochschule nicht ausgereicht. Die Waffe ist inzwischen gefärbt. Die Technische Hochschule selbst und die vorgelegte Behörde, das Reichsamt des Innern, weiß, wo der Hebel der Besserung anzulegen ist, und heute ist die Waffe schon schärfer.“

Minister Seering am 2. Dezember 1920 im preussischen Landtag.
Prolet, was hast Du im Reichsbanner zu suchen!

Der Wechselbalg

Ein Kind mit großem Rüchstopf,
Hellblondem Schürbart, großem Kopf,
Mit spinnig langen, doch starken Nerven,
Mit Kiekenmaggen, doch kurzen Gedärmen —
Ein Wechselbalg, den ein Korporat
Anstatt des Säuglings, den er stah,
Heimlich gelegt in unsre Wege —
Die Mißgeburt, die mit der Lüge,
Mit seinem geliebten Windspiel vielleicht,
Der alte Soldmutter gegengt —
Nicht brauch ich das Ungeheim zu nennen —
Ihr sollt es erlösen oder verbrennen!

Seinrich Seier

„Regierung der Mitte“ in Danzig

Sozialdemokratische Regierungserklärung von Hausbesitzers Gnaden

Nach langem Aushandeln ist im freitrag Danzig eine Koalition zwischen Sozialdemokraten, „Übernat“ und Zentrum zustande gekommen.

Trotz der geschändlichen Proteste der proletarischen Mitglieder der SPD, die wieder mit dem vollen und steuererheblichen, nicht mit dem Zentrum zu koalieren, haben sich die SPD-Kongress abermals mit dem „Übernat“ und „Jöllern“ zusammengesetzt.

Verständlich muß aber der „Vorwärts“ seinen Lesern mitteilen, daß diese Koalition erst 57 von 120 Mandaten umfasst, also noch nicht einmal die Hälfte. Diese Koalition ist deshalb darauf ausgegangen, sich die „Unterstützung“ anderer „Mitte“-Gruppen zu verschaffen. Gegen entsprechende Zugaben hat nun u. a. die fünfmandatige Gruppe der Deutsch-Danischer Sozialpartei („Hausagratergruppe“) „Unterstützung“ in Aussicht gestellt.

Interessant ist, daß nur einigen Tagen durch die gesamte Bourgeoisie-Preße die Notiz ging, daß die Sozialdemokratie nur dann für die Koalition würdig erachtet wird, wenn sie ihre „reaktionären Prinzipien“ aufgibt. Das ist nunmehr geschehen.

Sechs sozialdemokratische Kongressen diesen dafür die Senatorenstühle brüden. Die Hausagrater werden für ihre beherrschenden Wäldes die „Entgegenkommen“ finden. Die Proleten wird man mit dem „Heinrich Heide“ abfinden. Wie lange werden die Arbeiter sich das noch gefallen lassen?

Die Vorschläge der Kommunisten zum Kampf gegen den Zollwucher

Am 19. Juli hat die Zentrale der SPD, in einer offenen Anfrage an den Bundesvorstand des ADGB, folgende Vorschläge gemacht zu einem gemeinsamen Aktionsprogramm gegen den Zollwucher.

1. In der Zeit der Beratung der Zollverträge Massenemonstrationen und intensive Propaganda gegen die Zollpläne in ganz Deutschland, zugleich höchst parlamentarische Diskussion, auch gegen die Landesregierungen, die die Zollverträge anerkennen lassen.
2. Sollten die bürgerlichen Parteien und die Regierung es trotzdem wagen, die Zollverträge durchzusetzen, dann Volksentwurf, die Zollverträge durchzusetzen. Dieser vom Bund des ADGB, müßte auch die Durch ihre Koalitionspolitik an die Bourgeoisie gefestigte SPD, dafür eintreten. Das zur Einleitung eines Volksentscheides notwendige Drittel der Abgeordneten wäre ohne Schwierigkeit gesichert.
3. Wenn die Regierung durch irgendwelche Gewaltmittel den Volksentscheid zu verhindern, zu beeinflussen oder sein Ergebnis zu ignorieren versucht, dann Einlegung des Schlichtungsgesetzlichen Mittels,

des Demonstrationenstreikes, der mit den anderen, ebenso dringenden proletarischen Forderungen: Achtundtag, Amneistie, Aufhebung der Lohn- und Miet-, sowie alle anderen Massenstreiken, Enttaffung der monarchistischen Koalition zu verbinden wäre.

Auf Grund dieser Vorschläge haben sich in mehreren Orten des Reiches, auch in Berlin gemeinsame Betriebsrat-Aktionskomitees zum Kampf gegen den Zollwucher gebildet, denen auch SPD- und ADGB-Mitglieder angehören. Aber die Leitungen von SPD und ADGB haben es vermieden, diese Vorschläge auch nur zu beantworten — ja, sie haben sie sogar vor ihren Wählern verschwiegen. Sozialdemokratische Arbeiter, fragt sie, warum sie es tun!

Die Antrinduftrieben bereiten erneute Verflechtungen der Arbeitsbedingungen vor

(ZU) Essen. Der Verein für bergbauliche Interessen in Essen hat an den Reichstag eine umfangreiche Denkschrift geschickt, die reichhaltiges Material zur Beurteilung der Lage des Ruhrbergbaus enthält. Der Vorschlag lautet, so heißt es in der Denkschrift, befindet sich in einer Daseinsweise, die nicht abzulehnen ist. Während in fast allen Kohlenländern die Leistungsfähigkeit des Kohlenbergbaus außerordentlich gemindert ist, ist gleichzeitig aus den in der Denkschrift schon vielfach erläuterten Gründen die Aufnahmefähigkeit für Kohle außerordentlich zurückgegangen. Die Zufuhrmöglichkeiten sind äußerst beschränkt. Insbesondere wird die gewaltige Steigerung der Leistungsfähigkeit des nordamerikanischen Steinkohlenbergbaus und der Wettbewerb des Oeles den englischen Kohlenbergbau dauernd bedrängen und dieser wird den Druck in zunehmender Schärfe auf den deutschen Kohlenmarkt verlegen. Die Wirtschaft muß hohe Zinsen zahlen, die zum großen Teil ins Ausland gehen. Die Steuern sind übermäßig hoch. Die Neubildung von Kapital ist unter diesen Umständen selbst bei günstiger Entwicklung erschwert. Die sozialen Kosten sind über das Erträgliche hinausgegangen. Die Arbeitslosigkeit ist verheerend. Die ganze Produktion ist veräuert. Die Höhe der heutigen Kohlenfrachten bildet ein schweres Hemmnis für den Absatz der Ruhrkohle. Infolgedessen hat die oberste Kohlenbehörde bis in die letzten Monate, Braunkohle und Kellern vordringen und namhafte Gebiete des süddeutschen Marktes an sich reißen können. Auch die Wünsche auf baldige Wiedereinführung der Ausnahmestruktur über die trodene Grenze, sowie die dringende erbetene, wichtige weitere Ermäßigung der Wasserflugtarife sind bisher nicht erfüllt worden. Was die Verlängerung der Schichtzeit anbelangt, so wird davon mindestens eine Besserung der produktiven Arbeitszeit entsprechend der Mehrforderung erwartet, der eine gleichzeitige Ermäßigung der Lohnkosten folgen würde. Die Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit ist unserer letzten Überzeugung nach das wichtigste Mittel, den im raschen Fortschritt begriffenen Stillungsprozess aufzuhalten und die Forderung des deutschen Marktes herbeizuführen. Es muß Schluß gemacht werden mit dem schiedsrichterlichen Verfahren.

Es wird weiter daran erinnert, daß vom 6. September an die Leistungen aus dem Dames-Bilan bzw. dem Londoner Abkommen von der deutschen Wirtschaft aus eigener Kraft getragen werden müssen, da nicht mehr wie bisher, dazu Dames-Anleihe verwendet werden kann. Es ist deshalb keine Zeit zu verlieren, doch nunmehr mindestens die Arbeitsintensität erreicht wird, die der Vorkriegszeit entspricht. Es ist deshalb das Reichswirtschaftsministerium gebeten worden, vor allem unseren Bergbau, die Grundlage des Wirtschaftslebens, in seinen Bemühungen zu unterstützen, um Ermäßigung der gegenwärtigen Steuerlast, Beibehaltung der Kohstofftarife, Abbau der sozialen Lasten auf ein tragbares Maß, Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit und Beseitigung des Zwangscharakters welters.

Bergleitet man dieses Programm der Ruhr-Herren und ihr Klagen mit den tatsächlichen Lohn-, Steuer- und Abfertigungsverhältnissen der hungernden Arbeitermassen, so ergibt sich die ganz anerkannte Dreifachheit, überhaupt mit einer solchen Denkschrift herauszurufen. Aber die Arbeiter lassen sich ja alles gefallen! Es glauben ja immer noch manche an die "Wohlfahrt" der Arbeiter, es ist ihnen doch egal, ob der Arbeiter in Trübsal und der Belohnung im besten Jenkelt.

Das Programm der Bergmagnaten bleibt deshalb auch nicht nur Programm, es wird in die Tat umgesetzt in allen Industrien und in allen Teilen des Reiches, wenn die Arbeiterklasse sich nicht anpaßt und zusammenhängt, dann an ihrer Kampfstärke und Solidarität die Schamerkennzeichen der Verworfenen müssen. Auf, Genossen, gebt Euren Anführern die richtige Antwort!

Unterredung Trotski mit einem amerikanischen Journalisten

Trotski über die Wirtschaftsaussichten Sowjet-Rußlands

Die bürgerliche Presse bringt folgende Unterredung Trotski mit einem Vertreter der russischen "Trotski" Gruppe: Vorsitzender des Komitees für Konventionen und des Komitees für den Staatsplan, Anstalten, die sich mit den wirtschaftlichen Wiederaufbauproblemen Rußlands befassen. Trotski erklärte u. a.:

"Sie fragen mich, in welchem Maße und in welcher Form das ausländische Kapital für den Wiederaufbau der Sowjetunion beitragen könnte. Wir sehen uns zwei Kardinalproblemen gegenüber: 1. der Mechanisierung, besonders der "Traktortisierung" unserer Landwirtschaft, 2. der Erneuerung des Grundbesitzes unserer 3 und 4 Millionen Bauern. Wenn es auf der Welt außer unserer Union kein anderes Land gäbe, würden wir beide Probleme selbstverständlich unter eigener Kraft lösen, allerdings während eines längeren Zeitraumes. Doch unter den gegebenen Umständen würde gerade im Zusammenhang mit der Mechanisierung und Elektrifizierung unserer Landwirtschaft und der Erneuerung der Maschinen unserer Industrie ein Plan des Zusammenarbeitens zwischen der Sowjetunion und der amerikanischen Industrie für ein oder zwei Jahre von fünf bis zehn Jahren oder mehr von höchster Wichtigkeit sein. Die Kredit, die die transatlantische Republik uns bieten würde, könnten durch die Befestigung unserer wirtschaftlichen Wiederaufbauarbeiten die größte Sicherheit für ihre Dedung finden.

"Nächste Frage lautet: Welche politischen und wirtschaftlichen Faktoren würden engere Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika ermöglichen? Hierzu müßte ich folgenden zwei Ursachen anführen, welche die Entschiedenheit wirtschaftlicher Beziehungen zwischen unserer Republik und den kapitalistischen Ländern verschärfte, ist die Pflicht der letzteren vor der Revolution. Diese Pflicht wächte selbstverständlich in dem Maße, wie die innere Lage eines Landes sich verschlechtert. Die kapitalistische Regierung strebt der Sowjetunion und ihrer Propaganda automatisch ihre eigenen Schwächen und Kalamitäten zu, um Arbeitslosigkeit, Fehlgang im Staatshaushalt, soziale Unruhe und die Unzufriedenheit der Arbeiter und Bauern. Genau in derselben Weise beschuldigen die unwillkürlichen und abergläubischen Bauern in Rußland den bösen Geist, Feuerbrünne und Krankheiten zu verursachen. Da die Lage der Vereinigten Staaten unvergleichlich besser ist als die der europäischen Länder, sollte ihre herrschende Klasse dem anderen (?) Völkern den Wohlstand und Wohlstand zu verschaffen werden, viel weniger zugänglich sein. So ist der sehr wichtige politische Faktor geschaffen, der nach meiner Ansicht die Annäherung zwischen der Sowjetunion und Amerika erleichtern sollte. Bisher lebte die amerikanische Bourgeoisie allerdings in der wiedereingeleiteten Furcht der europäischen Bourgeoisie, besonders der britischen. Es gibt aber ein gutes französisches Sprichwort: "L'union fait la force" (Die Union macht die Kraft). Das heißt, "Einigkeit ist die Stärke". Wir sind nicht allein, das heißt es auch diesmal so kommen wird. Die wirtschaftlichen Faktoren gunstigen einer Annäherung sind offensichtlich. Die Sowjetunion wird innerhalb der nächsten Jahre einer der wichtigsten Wirtschaftskräfte des Weltmarktes werden. Bisher wurde das Außenhandelsmonopol

Die deutsche Arbeiterdelegation bei den Moskauer Gewerkschaften

Am 21. Juli besuchte die deutsche Delegation vollständig das Präsidium des Moskauer Gewerkschaftsrates. In der Sitzung mit dem Vorsitzenden des Moskauer Gewerkschaftsrates, der in den Betrieben Moskaus die Tätigkeit der Delegation, die Begrüßung der Delegation seit, angenommen wurden. "Der Moskauer" sagte Genosse Michailow u. a., ist den russischen Arbeitern teuer. Es zeigt, daß die Parole der Einheit der Gewerkschaftsbewegung kein "Wort" ist, das von den schlaun Bolshewisten ausgedacht ist, sondern eine dringende und notwendige Parole von Millionen Arbeitern der ganzen Welt." Nach Besichtigung des Gebäudes bemerkte der eine der deutschen Delegierten den russischen Arbeiter: "Bei uns werden per Radio nicht die Reden der Arbeiter verbreitet, sondern die Reden Hindenburgs."

Bei den Metallarbeitern.

22 Delegierte, zum größten Teil Metallarbeiter und Eisenbahner, mit dem Genossen Sied und dem Vertreter S. Staub in der Spitze, besuchten dann das ZK der Metallarbeiter. Nach der Anfrage des russischen Genossen Kolesow antwortete Genosse Bed: "Wir sind hier keine Gäste. Wir möchten eure Erfahrungen kennen lernen, um von ihnen dann in der Heimat zu profitieren. Wir sind in Deutschland nicht man freilich bessere Fragen und Antworten wie bei euch aber wir haben noch vieles von den russischen Genossen zu lernen." Ferner

bedeutete Genosse Bed die Unterbrechung aus, daß insolge des Besuchs der deutschen Delegation das bestehende englisch-russische Einheitskomitee zu einem englisch-russisch-deutschen Komitee organisiert werden wird.

Auf Wunsch der Delegierten gab Genosse Kolesow die Informationen über die Tätigkeit des Metallarbeiter-Verbandes und verweilt hauptsächlich bei der Struktur des Verbandes, seiner Stärke und den Arbeitslöhnen in den verschiedenen Branchen und an verschiedenen Orten. Die Mitglieder der Delegation interessierten sich besonders für den Stand des Arbeitslohns in den einzelnen Branchen und die Tariffrage. Ein großes Interesse zeigten die Delegierten auch für die Kollektivverträge und die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Wirtschaftsorganen.

Ein Delegierter stellte die Frage, welche Beziehungen zwischen dem Metallarbeiterverband und der Berner Metallarbeiter-Internationale bestehen. Genosse Kolesow erklärte über den Gang der Verhandlungen zwecks Anschließens der russischen Metallarbeiter, die zu nichts geführt haben.

Die Delegierten waren sehr erlautet.

Daß die Gewerkschaften an der Verteilung der Profite der Wirtschaftsorgane teilnehmen.

Auf Wunsch der Delegation schickte Genosse Kolesow ausführlich die Organisation und die Bewertung des Fonds zur Hebung des Lebensstandards der Arbeiter.

Die Mitgliederdelegationen bekamen Literatur über alle sie interessierenden Fragen mit. Da die Unterhaltung nicht zu Ende war, wurde verabredet, daß die Delegation eine Sonderkommission zur Einholung von weiteren Informationen bestimme.

Bei den Bauarbeitern

Das ZK der Bauarbeiter wurde besucht von M. Brode (KRD), Schmann (KRD), Kasinger (Partei), Kolesow (KRD) und Winer (KRD).

Der Vorsitzende des ZK der Bauarbeiter, Genosse Bogdanow, begrüßte die Delegierten und lud sie in längeren Ausführungen mit der Tätigkeit des Verbandes bekannt zu machen. Er wies darauf hin, daß der russische Bauarbeiter-Verband bisher trotz aller Bemühungen in die Bauarbeiter-Internationale nicht aufgenommen wurde.

Genosse Kasinger sprach in seiner Antwort die Versicherung aus, daß der Log nicht fern sei, wo die Bauarbeiter der Welt in einer einzigen Internationale einig werden könnten. Dann stellten die Delegierten eine Reihe von Fragen über die Tätigkeit des Verbandes, die Bestimmungen zwischen den lokalen und genierten für die Frage der Jahresschritte, die Löhne, die Arbeitszeitgesetz uvm. Auf alle diese Fragen gab Genosse Bogdanow entsprechende Antworten.

Bei den Holzarbeitern

Eine Gruppe von Mitgliedern der deutschen Delegation mit dem Vorsitzenden Freyberger an der Spitze besuchten das ZK der Holzarbeiter. Die Fragen, die von den Delegierten gestellt wurden, betrafen hauptsächlich die Größe des Verbandes, die Zahl der arbeitenden Holzarbeiter und die Höhe der Löhne der Arbeiter und der Angestellten. Besonders interessierten sie sich für den Stand dieser Fragen in Moskau selbst.

Nach einer ausführlichen Beantwortung bedankten die Gäste die erste staatliche Möbelfabrik. Beim Abschied luden die deutschen Genossen die Vertreter des Holzarbeiterverbandes ein, sie in ihrem Hotel zu besuchen.

Bei den Eisenbahnern

Zu den Eisenbahnern besuchten die Genossen Banewitz (KRD), Sirdin (KRD) und Wärttermann (KRD). Sie blieben im

ZK der Eisenbahner etwa 1 1/2 Stunden und erörterten sich über die Tätigkeit des Verbandes. Besonders interessierte sie, für wie lange Zeit die Verbandsoberorgane gewählt werden, sowie die Zahl der Mitglieder, der Prozentsatz der Nichtkommunisten im Verband usw.

Beim Verlassen des ZK der Gewerkschaften sagte Genosse Wärttermann: "Vor meiner Reise nach Rußland habe ich bezogen getrimmt, daß die Vertreter der russischen Gewerkschaften in Rußland zugelassen werden. Jetzt, wo ich hier bin und etwas von Rußland gesehen habe, habe ich mich davon überzeugt, daß die ganze Kampagne, die in Deutschland geführt wird, der Wahrheit nicht entspricht. Wenn ich nach Hause komme, werde ich alle Maßnahmen ergreifen, um die ganze Wahrheit über Sowjet-Rußland zu erzählen."

Bei den Chemikern

Ein Vertreter der deutschen Delegation der Glasarbeiter Wilhelm Gau er besuchte das ZK der Chemiker. Genosse Grauer erlaubte ausführliche Informationen über alle Fragen, die das Leben und die Tätigkeit des Verbandes betrafen.

Bei den Lederarbeitern

Das ZK der Lederarbeiter wurde besucht von den Genossen Pora (Schupmacher, KRD), Schäfer (Schupmacher, KRD) und Feder (Sattler, KRD).

Die Delegierten befragten die vom ZK organisierte Ausstellung für Lederindustrie und Arbeitslohn und informierten sich zum ins einzelne über die Tätigkeit des Verbandes.

Zum Schluß lud Genosse Pora das ZK der Lederarbeiter im Namen der 7000 Erfurter Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhindustrie, die nach Rußland begleitet hatten, einen lühenden Gruß an die russischen Lederarbeiter zu übermitteln.

Das Mitglied des ZK der Lederarbeiter erwiderte den Gruß und drückte leinerseits die Hoffnung aus, daß die russischen und die deutschen Lederarbeiter sich in Salbe in der einheitlichen Internationalen treffen würden.

Bei den Bergarbeitern

Nach einer gemeinsamen Sitzung fand eine ausführliche Unterhaltung des Präsidiums mit den Gästen statt. Die letzteren interessierten sich besonders für die Frage, wie das ZK funktioniert sei, wie es geleitet werde und von wem. Sie wunderten sich sehr, als sie erfuhr, daß das ZK in dem Moskauer (Betriebsstätte) ein solches solches Arbeiter des Betriebes haben und nicht nur die Gewerkschaftsmitglieder.

Bei den Buchdruckern

Das ZK der Buchdrucker wurde vom Genossen Koff besucht, der eine lange Unterredung mit den Mitgliedern des ZK hatte. Genosse Koff stellte eine Reihe von Fragen über die Höhe, die Lage der Arbeiter in der Produktion und die Tätigkeit der Schichtarbeiter. Dann lernte er den Apparat des ZK kennen, befragte Diagramme und Tabellen. Beim Abschied drückte er seine volle Begeisterung aus über die großartige Geschäftsführung im Apparat des ZK.

Bei den Gemeinbedienten

Die Delegierten Graal und Kischler besuchten das ZK der Gemeinbedienten. Der Vorsitzende des ZK, Karschew, erzählte u. a. welche Bemühungen die Gemeinbedienten unternommen hätten, um die Verbindung mit der Amsterdamer Internationale der Gemeinbedienten zu erlangen. Der genannte Briefwechsel in dieser Frage wurde den Gästen vorgelegt.

Die Genossen Graal und Kischler interessieren sich sehr für diesen Briefwechsel und haben ihnen Kopien dieser Dokumente mitgebracht. Genosse Graal erklärte, daß er mit diesen Dokumenten auf dem Reichstagskongress der Gemeinbedienten und dem Breslauer Kongress des I D G B auftreten werde.

Bei den Bildungsarbeitern

Die Delegierten die Lehrer F. Killy und M. Stefan, besuchten das ZK der Bildungsarbeiter, wo sie über zwei Stunden sich über die Tätigkeit des Verbandes, die Zahl der Mitglieder und die Arbeiten des Verbandes unter den Lehrern informierten. Die Gäste wunderten sich besonders über die Einseitigkeit des Gewerkschaftslebens in der Praxis, insolge deren auch die Schwerkraft der Schule ein Mitglied der einseitigen Familie der Bildungsarbeiter ist. Die Delegierten interessierten sich auch für das Verhältnis des Verbandes zu dem Kommunisten für die Ausbildung und für die Regelung der Löhne. In Verantwortung der letzteren besuchte Genosse D. Olin die Kurse des Programms, die das künftige Anwachen der Lehrergewalt zeigte. Die Politik des Verbandes strebt eine Gleichstellung der Gehälter der Dozenten mit denen der Stadtlehrer an. Die Delegierten bemerkten dabei, daß von einer solchen Gleichstellung bei uns nicht zu reden ist. Besonders interessieren sie sich für die Erholungsheim der Bildungsarbeiter, und die beiden von Stefan aus, das letztere wurde von Genosse Killy in der Arm kennen zu lernen, wo sehr über 500 Bildungsarbeiter Erholung genießen.

Resultat der Unterredung in den Naturwissenschaften und in der nationalen Geschichte ist. Wir wissen, daß die Abhängigkeit der amerikanischen öffentlichen Meinung von den konservativen Dröcken Londons, die gegenwärtig ein so trauriges Bild der Konfusion bieten, die amerikanischen Kapitalisten davon abhält, die gesamten Umstände zu verstehen und zum großen Vorteil selber seine auszunutzen. Doch wird sich die gesunde Berechnung früher oder später durchsetzen."

Deutsche Gelehrte bleiben der Jubiläumssfeier der Russischen Akademie der Wissenschaften fern

(M. B.) Berlin, 6. August. Zu den Mitteilungen über die Jubiläumssfeier der Russischen Akademie der Wissenschaften hören wir, daß die deutschen Gelehrten-treue bei dem gegenwärtigen Stand der Moskauer Studentenprojekte nicht in der Lage sind, ihren Wunsch der Teilnahme an der Feier zu verwirklichen.

Mit dem Ministerrat von Leipzig aber sind diese Herren Gelehrten einverstanden.

Der neue russische Gesandte in Wien

(ZU) Wien, 6. August. Der neue Gesandte der sozialistischen Sowjetrepublik, Jan Borsin, ist gestern in Wien eingetroffen.

Zusammenkünfte zwischen der Polizei und den Partier Beamten

(ZU) Paris, 7. August. Der Streit der Parteimitglieder wird sich immer weiter aus. In Paris des schiefen Tages werden kreuzende Kräfte untereinander, bei denen es zu Zusammenkünften mit der Polizei und den Streifenbeamten kam. Es hat einige Zusammenkünfte gegeben. Man hat sich überworfen und

Englischer Bessimismus in der Sicherheitsfrage

(U.) London, 8. August.
 Zu den bevorstehenden Sicherheitsverhandlungen zwischen Briand und Chamberlain, stellt die englische Presse eingehende Betrachtungen an. Die Briten äußern sich wenig zweifelhafte und zum Teil sogar pessimistisch. Die bedeutende politische Zeitschrift „New Statesman“ behauptet, daß sich Chamberlain völlig zu den französischen Zielen bekennt habe und zurückbleibe bei einem Verzicht der französischen Politik zu sein. Ein Einverständnis zwischen London und Paris bedeute in diesem Falle, daß es zu keinem Sicherheitspakt komme, denn die Kluff zwischen Deutschland und Frankreich sei zu groß, sie könne nur durch energische Verflechtung einer christlichen Politik Großbritanniens überbrückt werden.

Namensänderung der englischen Arbeiterpartei Die Mitglieder der L.P. verlangen Aufnahme der Kommunisten

(U.) London, 8. August.
 Auf der nächsten Jahresversammlung der englischen Arbeiterpartei, die am 29. September in Liverpool stattfindet, soll ein Beschluß über eine Namensänderung in „Socialist Party“ gefaßt werden. Von mehr als 100 Delegierten der Labour Party und die Angliederung und Aufnahme der kommunistischen Partei und mit der kommunistischen Partei verwandte Bewegungen gebildet.

Französische Niederlage in Syrien

Jerusalem, 6. August. (WZ.) Nach Berichten aus Amman gelang es den australischen Truppen bei den Kämpfen mit französischen Truppen, mehrere Geschütze zu erobern und die Stadt Seida, die Hauptstadt der Nivebel-Drales, einzunehmen. Ferner wird gemeldet, die Drusen hätten 100 mit Munition und Borräten beladene Kamelle erobert. Die Franzosen sollen zahlreiche Verwundete an Toten und Verwundeten erlitten und sich nach Exza zurückgezogen haben.

In Syrien wie in Marokko

(U.) Berlin, 8. August.
 Der „Kriegs-Courier“ meldet: Laut Berichten aus Amman verlor die französische in den letzten Kämpfen gegen die Drusen einige Tote und Verwundete. Mehrere Flüchtlinge wurden zum Abschuss gebracht. Die Franzosen haben den südlichen Teil von Hauran geräumt.

Die Türkei verlangt Moskau

(U.) London, 8. August.
 Aus Ankara wird gemeldet, daß das türkische Kabinett einen Antrag an den Völkerbund und an sämtliche Großmächte erlassen wird, in dem es unter Hinweis auf den Bericht der Völkerbundskommission den Besitz des Moskaugebiets beanprucht.

Die französische Regierung zum Einfuhrverbot deutscher Kohle

Zum Verbot der deutschen Kohleinfuhr nach Frankreich wird habamtllich mitgeteilt: Die französische Regierung verfolge ein Ziel, das die Einfuhr der deutschen Kohle nach Frankreich inoffiziell zu verhindern. Die französische Maßnahme bezwecke vielmehr, daß die deutschen Kohlen den Reparationen zugute kommen. (1) Sie wolle vermeiden, daß die Kohle nach Frankreich nach Iran reich gelange, die den Interessen des Staatschates zumwiderlaufe und den französischen Markt in Unordnung bringe. (2) Die Maßnahme gebe Frankreich weiter die Möglichkeit, ein Kohlenregime auszuarbeiten, das den Interessen der Länder Rechnung trage, wobei man erwarten kann, daß die Schwierigkeiten in der Frage Kohlenaus- und einfuhr durch ein Abkommen beseitigt würde, das von der französischen Regierung seit Anfang des Jahres vorbereitet werde. (Heil Dames!)

Nationale Reden über das Optantenland aber keine Hilfe

Am Donnerstag behandelte der Reichstag die Interpellationen zur Optantenfrage und über die Zustände im Lager Schneidemühl. Die Presse der Rechten hat das Land in Schneidemühl bekanntlich dazu benutzt, um nationalistische Artikel zu schreiben und eine Rede gegen Polen zu beginnen. In dieser Richtung sind auch die Reden der Deutschnationalen und der anderen bürgerlichen Parteien gehalten. Sie verurteilen über das grauliche Elend der polenrischen Optanten in Schneidemühl, für das der deutschnationale Innenminister, wie der Außenminister Stresemann genannt, wie die preussische Regierung verantwortlich ist, durch nationalpolitische Medien mit der Drohung auf Widervergehung hinwegzuführen.

Stresemann, der im Namen der Reichs- und preussischen Regierung den Optantenstand in Schneidemühl zu verteidigen hatte, schlug gegen Polen Töne an, die an die Zeiten vor Ausbruch des Weltkrieges erinnern. Nach ihm wurden die weiteren Verhandlungen mit Polen über die Regelung der Optantenfrage abgebrochen, weil „weitere Verhandlungen mit Polen darüber nicht mehr mit der Würde der deutschen Regierung vereinbar waren.“ Auf den Zuruf, daß der Völkerverbund doch das unerhörte Vorgehen Polens bede, meinte der völkerverbundsfeindliche Herr Stresemann: „Ich weiß nicht, was der Völkerverbund mit diesem polnischen Vorgehen zu tun hat.“ Und am Schluß erklärte Herr Stresemann: „Wenn wir gewungen sind, Repräsentanten dagegen zu ergreifen und wenn wir heute die Befehle haben ergreifen lassen, daß die Polen, die noch nicht abgewandert sind, innerhalb 48 Stunden den deutschen Boden zu verlassen haben, so haben wir das nicht getan im Gefühl der Verletzung über solche Maßnahmen. Wir haben es getan im Gefühl der Befähigung darüber, zu solchen Maßnahmen greifen zu müssen. (Beifall rechts.) Wir handeln in der Abwehr gegen ein Unrecht. Wir gehen dem Widerspruch gegen die Politik der Gewalt Ausdruck.“

Gegen die Völkerverbunden und Kommunisten wurde folgende Entschließung angenommen:
 „Der Reichstag protestiert gegen die von der Regierung der Republik Polen rücksichtslos verfügten Ausweisungen. Er gibt der Überzeugung Ausdruck, daß eine solche Verletzung der unveräußerlichen Menschenrechte dem Frieden der Welt nicht dienen wird. Der Reichstag fordert die Reichsregierung auf, auch weiterhin alle möglichen Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um die polnische Regierung von der Fortsetzung einer solchen verächtlichen Politik abzuhalten und mit allen Kräften für das Wohl und die Zukunft der vertriebenen Deutschen zu sorgen.“

Der Steuerraub ist Gesetz!

Der Zollwucher soll folgen

(Eig. Drahtim.) Berlin, 8. August.
 Gejert wurden im Reichstag sämtliche Steuererlasse endgültig durchgepeitscht. Jede parlamentarische Opposition war vergebens und von vornherein getrieben. Für jede Partei wurden insgesamt nur zwei Stunden Redezeit gewährt. Als gegen diese Anhebung die Kommunisten Sturm liefen, stand der sozialdemokratische Fraktionsführer wieder auf Seiten der Regierung und der Steuerräuber. Die kommunistischen Anträge auf Verlängerung der Redezeit wurden mit Hilfe der SPD niedergestimmt. Da nun auf jedes der neuen Steuererlasse nur 20 Minuten Redezeit kamen, konnten die Kommunisten nicht einmal zu allen Gelegenheiten Stellung nehmen. Sämtliche kommunistischen Reden mußten infolge der unerhörten Anhebung vorzeitig abgebrochen werden — und dabei handelt es sich um Gesetze, die dem Volk eine Last von 8 bis 10 Milliarden auferlegen. Nach Erledigung dieser Parlagesetze, wobei die sozialdemokratischen Parlamentarier zwar gegen die Regierung, zugleich aber auch gegen die unumtücklichen Anträge stimmten, forderte Genosse Gödicke, im Namen der kommunistischen Fraktion erneut, daß auf die nächste Tagesordnung die Annahme gesetzt werde. Der Vorkampfer Kahl widersprach im Namen der Regierungsparteien mit den unmöglichen und lächerlichen Ausführungen. Der Antrag wurde gegen SPD und KPD abgelehnt. Die Junter wollen jetzt die Zollgesetze durchpeitschen. Heute Sonnabend beginnt die zweite Lesung der Zollvorlage. Am Freitag hat der Vorkampfer Rat das Gesetz angenommen. Die Kommunisten verlangten für die Zollvorlage 56 Stunden Redezeit. Die SPD wollte sich „lonaler“ Weise mit 25 Stunden, die Demokraten sogar mit 9½ Stunden zufrieden geben. Aber auf alle diese Anträge gingen die Regierungsparteien gar nicht ein. Der Vorkampfer ging resultatlos auseinander. Es ist damit zu rechnen, daß die Anhebung der Opposition bei der Beratung der Zollvorlage alles bisher Dagewesene übersteigen wird. Es wird geplant, jeder Partei eine Redezeit von drei Stunden zuzugestehen, damit die Zollberatungen in ein bis zwei Tagen erledigt werden.

Was das bedeutet, kann man nur verstehen, wenn man weiß, daß der Zollkrieg über 300 Positionen, zu denen Stellung genommen werden mußte, umfaßt. Die Regierungsparteien haben zur höheren Durchführung der Vergewaltigung alle Abgeordneten nach Berlin beordert. Die „Schlüsselzeitung“ rechnet damit, daß sie am Montag bereits die Schlüsselstimmung ergangen werden, indem über die gesamten Zollpositionen en bloc abgestimmt und Überhebung zur Tagesordnung über sämtliche Änderungsanträge erklärt werden soll.

An diese Durchpeitschungaktion beteiligt sich auch das Zentrum in vollkommener Einigkeit mit den schwarzweißen Parteien. Darüber kam es zu Reibungen mit den sozialdemokratischen Abgeordneten, die zu früheren Bundesbrüdern Treuehaftigkeit vorwarfen. Das Zentrum revidierte sich und drohte der

Sozialdemokratie damit, in der Öffentlichkeit bekanntzugeben, welche Stellung die Sozialdemokraten, als sie noch in der Regierung saßen, in Steuererlassen einnahmen. Dieser hässliche Zwist im Lager des einseitigen Volkshofs war um so bedauerlicher, als am Vorabend Herr Doktor Marx in der Reichsbanner-Landung eine große Rede gehalten hatte. „Heute rot, morgen tot“, konnte Genosse Koenen dem Volkshof zurufen. Im übrigen wird der Schacher des Zentrums mit den Schwarzweißern die SPD nicht hindern, auch weiterhin vor den Wählern auf den Knien zu rutschen, um nur ja wieder einmal „zur Verantwortung mit herangezogen werden zu können“, wie der Zentrumsabgeordnete Brüning der SPD so schön zurecht.

Der „Vorwärts“ jammert

(Eig. Drahtim.) Berlin, 8. August.
 Der heutige Morgen-„Vorwärts“ jammert über den Angriff der Regierungsparteien auf das Recht und die Würde des Parlaments „auf das Weiden der parlamentarischen Demokratie“, ohne zu sagen, was die SPD, dagegen tun will. Ob es möglich wäre, die Diskussionsfreiheit in ihre Schranken zu weisen, wenn die SPD zum Kampf bereit wäre, spricht ein Artikel von N. S. Kassel in der sozialdemokratischen „Chemnitzer Volksstimme“ aus. Darin heißt es:

„11 an der Zahl sitzen die Sozialdemokraten im Reichstag, die 45 Kommunisten vor ihnen, zusammen eine qualifizierte Minorität, gegen die überhaupt nicht registriert werden kann, in dem Augenblick, in dem sie populäre Interessen mit Handdruck verteidigt und nicht nur platonische Ideale. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist hart genug, um ein solches Steuererlasse, wie die durch Luther eingeführt, absolut unmöglich zu machen.“

Die sozialdemokratischen „Einflüßer“ sehen also selbst ein, daß die gemeinsame Opposition gegen den Zollwucher, wie sie im Offenen Brief der SPD vorgeschlagen und in den letzten Tagen erneut den „linken“ sozialdemokratischen Abgeordneten angeboten wurde, durchaus möglich ist und Aussicht auf vollen Erfolg hat. Aber sie wollen eben nicht und schweigen darum die Verhältnisse tot.

Sie wollen die Obstruktion nicht durchführen, weil sie wissen, daß sie dann entgültig mit der ganzen Koalitionspolitik Schluß machen müßten. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die noch den „linken“ Führern folgen, haben zu entscheiden, ob sie diese Politik mitmachen wollen.

Es ist wahrscheinlich, daß es, dank der Schlappheit der „rechten“ und der „linken“ Sozialdemokraten, der Zollwucherpartei gelingt, ihren Raub parlamentarisch in Sicherheit zu bringen. Aber dann geht der Lanz erst los. Die Herbeiführung des Volkshofschicks, die Degeneration außerparlamentarischer Massenorganisationen zur Sicherung der Durchführung des Volkshofschicks und zur Anspaltung der Röhne an die Teuerung müssen die nächsten Aufgaben der Gesamtarbeiterschaft sein.

Der Kampf der Bauarbeiter

Die Munition kommt aus den Betrieben

Von der UG, herausgegebene Sammellisten sind mit nachstehenden Beträgen eingegangen:

Sammelliste Nr.	2. Auflistung.	7,55 Mk.
4	40,-	
78	19,90	
12	29,40	
14	6,40	
16	37,82	
20	5,40	
21	6,50	
22	1,50	
49	9,75	
59	38,70	
194	31,-	
Rupferstücke I. Rate	50,-	
Produktiv I. Rate	55,-	
Ug. Konsumverein I. Rate	700,-	
Summa:		1086,92 Mk.

Kollegen! Wo keine Sammellisten im Betriebe vorhanden sind, müßt ihr veranlassen, daß eure Betriebsräte oder Vertrauensleute sich dieselben sofort im Bureau der Bauarbeiter, Berghausstraße 14, im Bureau der UG, am Wallerturm 2 oder im „Volkspar“ bis 7 Uhr abends abholen.

Weiter fordern wir alle Arbeitskollegen auf, die Listen so schnell wie möglich abzuliefern.

Kollegen! Der Kampf der Bauarbeiter ist euer aller Kampf, unterjüngt denselben mit allen Mitteln, ihr Solidarität!

Band der Freunde der UG, Bundesausgab Halle-Merzbach.

Die „Volkspar“-Bewertung hat Arbeiterkassierbarkeit bewiesen und Munition geliefert, indem sie täglich für 200 Bauarbeiter-Familien ein kräftiges Mittagessen gibt.

Achtung, Bauarbeiter!

Am Montag, dem 10. August, findet die Auszahlung der Unterstützung statt, und zwar für die holländischen Kollegen vormittags von 8 bis 12 Uhr, für die ländlichen Kollegen von 12 bis 3 Uhr.

Am Dienstag, dem 11. August, um 10 Uhr vormittags, haben alle Kollegen (auch die von den Jobstellern) ihre Lebensmittel gegen Vorzeigung der Streikkarte selber abzuholen. Ohne Streikkarte keine Lebensmittel.

Solidaritätserklärung der Wiener Bauarbeiter

Wien, 4. August.
 Die revolutionären Bauarbeiter Wiens übermitteln den kämpfenden Bauarbeitern Deutschlands revolutionäre Grüße. Wir verlangen Euren Kampf mit Interesse und sprechen Euch unser Solidarität aus. Wir hoffen, daß Ihr Euren gerechten Kampf siegreich beenden werdet.
 Die revolutionären Bauarbeiter Wiens.

Streikbrecher

Bei der Mitteldeutschen Bauzentrale arbeiten, obwohl hier die Bauarbeiter und Staat sich der Forderung nach 120 Mk. Stundenlohn und, da diese nicht bewilligt wurden, dem Kampf angeschlossen hatten, folgende Arbeiter:

- Hilfred Engelhardt, Zimmerer, Flugplatz,
- Karl Baummeister, Zimmerer, Schmidstraße,
- Richard Bod, Zimmerer, Flugplatz,
- Franz Fackel, Zimmerer, Flugplatz,
- Hermann Ganz, Zimmerer, Flugplatz,
- August Wehner, Zimmerer, Flugplatz,
- Max Hesse sen., Zimmerer, Giesbühnenstein.

Die Mitteldeutsche Bauzentrale hat bewiesen, daß sie auch den primitivsten Grundlügen der Arbeiterbewegung fern liegt, indem sie nach verheerendem Hin und Her schließlich den Zimmerern, nicht aber der übrigen Belegschaft, 120 Mk. zugestanden hat. Dadurch, daß die genannten Zimmerleute auf solche Vereinbarungen eingegangen sind, haben sie sich, da es sich um Mitglieder der kommunistischen Partei handelt, natürlich auch außerhalb der SPD, gestellt.

Auf die Baugüterfrage werden wir in Kürze ausführlich eingehen.

Die Dresdener Bauarbeiter für eine einheitliche Bauarbeiterorganisation

In einer Ende Juli in Dresden tagenden Bauarbeiterversammlung (ca. 1500) wurde nach einem heftig kritisierten Referat des SPD-Mannes Mannes folgende Resolution einstimmig angenommen:

„In Anbetracht der Offenheit der gesamten Kapitalistenklasse gegen die Bauarbeiterfrage ist die Herstellung der gesellschaftlichen Einheit im Baugewerbe eine unabweigliche Notwendigkeit. Die Streikparlamentarier der Dresdener Bauflächarbeiter des Baugewerksbundes fordert deshalb vom Bundesvorstand, sofortige Maßnahmen zu ergreifen zur Wiederannahme aller aus dem Baugewerksbund ausgeschlossenen Kollegen bzw. des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter.“

Wenig wurde trotz aller Einwürfe Zimmermannen gegen die „Arbeiterstimme“ ein Antrag fast einstimmig angenommen, der beflagt, daß alle Interne, Versammlungsberichte usw. auch der kommunistischen Zeitung („Arbeiterstimme“) zu übermitteln sind.

Streit im amerikanischen Bergbau

(U.) New York. In Atlantic City haben die Bergarbeiter den Beschluß gefaßt, am 1. September in den USA und zu treten. Da die Gruben aber über einen Kohlenvertrag bis Januar verlaufen, können die Grubenbesitzer den Streit sehr lange aushalten. Es wird ein zehnter Streik in Folge kommen, während die Bergarbeiter hart mit einer Unterbrechung mit Ober-Schwarz erklären lassen, daß er im Kohlenarbeiterkampf nicht intervenieren werde, daß er aber im Falle des Streiks sofort Maßnahmen ergreifen werde.

Der Steuerraub im Reichstag

Gas, Wasser und Elektrizität werden durch Steuern verteuert

Die bürgerlichen Parteien besteuern die gemeinnützigen Versorgungsanstalten

In der Mittwochsvorberatung des Reichstags wurde die zweite Beratung des Entwurfs des Gesetzes über die gemeinnützigen Versorgungsanstalten des Reiches, der Länder und Gemeinden fortgesetzt. Durch dieses Gesetz wird die Besteuerung der öffentlichen Betriebe geregelt. Die bürgerlichen Parteien, die diesen Gesetzentwurf eingebracht haben, begründen ihn damit, die Befreiung der Gemeinnützigkeit gegenüber den gemeinnützigen Versorgungsanstalten, die eine ganze Reihe von Wasser- und Gasversorgungsanstalten, u. a. der bayerische Kreisgasverband, sowie der Reichsstadtbahn mit wohl begründeten Eingaben an die Parteien des Reichstages wenden und sie beschwören, die Besteuerung der gemeinnützigen Betriebe abzulehnen, treten alle bürgerlichen Parteien, auch die Sozialistische Volkspartei für diese Besteuerung ein, die auf der Seite die gemeinnützigen Betriebe, mit dem Zusammenbruch bedroht, und auf der anderen Seite eine weitere schwere Belastung für die breiten Massen bedeutet. Nach Schätzungen betragen die Kosten, die durch diese Steuer auf die Leistungen und Lieferungen der öffentlichen Betriebe gelegt werden,

400 bis 500 Millionen Mark.

Neben den Verbrauchssteuern der Umlichtsteuer, der Lichtsteuer u. a. wird die breite Masse nach mit dieser unsozialen Steuer belastet. Denn, und das lag an die Eingaben der Magistrat und der kommunalen Organisationen, diese Steuer wird seitlich durch Erhöhung der Preise auf Gas, Wasser, Elektrizität, Müllabfuhr u. a. abgeführt. Besonders war, daß der Abgeordnete Salenski, von der Deutschen Volkspartei, legte einen Antrag ein, der die Besteuerung der gemeinnützigen Betriebe noch verschärft. Das Betreiben der großkapitalistischen Kreise ist es, die Kontinuität dieser Betriebe zugrunde zu richten und sie dann, weil sie angeblich durch die Minderkraft der Gemeinden unrentabel geworden sind, in die Privatwirtschaft zu übergeben.

Die Kommunisten beantragten, daß die öffentlichen Unternehmungen der Länder und Gemeinden nicht durch Körperschafts-, Vermögens-, Umsatz- und andere Steuern belastet werden, ferner die Erhebung der Verbrauchssteuern und der Verbrauchssteuern zugunsten der Gemeinden. Außerdem sollen alle Vergünstigungen, die jetzt nur dem Reiche zuteil werden, auch den Ländern und Gemeinden zugute kommen. Ein weiterer kommunalistischer Antrag will, die den öffentlichen Unternehmungen eingeräumten Vergünstigungen beseitigen. Die Kommunisten fordern die Befreiung der öffentlichen Betriebe überhaupt, die sie für Vorrechte der Junker sind, die nach der Zeit des Mittelalters aufrecht erhalten werden.

Diese kommunalistischen Anträge vertrat

Genosse Roenen,

der darauf hinwies, daß das Eintreten der Kommunisten für die Gemeinden, die die soziale Lage des Volkes näher fänden und für verschiedene gemeinnützige Zwecke unbedingt Gelder zur Verfügung haben müßten.

In der dann folgenden Abstimmung wurde der Antrag K u h l e n s t a m p f (D.D.P.), der eine weitere Befreiung der gemeinnützigen Betriebe bringt, mit 224 gegen 146 Stimmen abgelehnt.

Gleichfalls wurden sämtliche kommunalistische Anträge von der Regierungsmehrheit abgelehnt, wobei die Sozialdemokratische Partei die Mehrheit lieferte.

Das Finanzausgleichsgesetz

Nach den Ausschlußberichten erhalten die Länder von dem Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer vom 1. Oktober ab 75 Prozent. Von dem Aufkommen an Umsatzsteuer erhalten die Länder für sich und ihre Gemeinden vom 1. Oktober 1925 bis 31. März 1926 35 Prozent, vom 1. April 1926 ab 30 Prozent. Den Ländern und Gemeinden wird ein Mindestbetrag von 1500 Millionen zugesichert. Ein Kompromißantrag der Regierungssparteien, der den Ländern 2100 Millionen Mark Anteil am Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer für 1925 garantiert. Weiter sollen nach den Ausschlußberichten die Länder und Gemeinden ab 1. April 1927 selbständig Anteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer fassen. Weiter werden den Ländern aus der Haussteuer bestimmte Summen überwiehen. Um diese Summen aus der Haussteuer zu gewährleisten wird bestimmt, daß am 1. April 1929

die Miete mindestens 100 Prozent der Jahresmiete betragen muß.

Die Länder sind mit dieser Regelung, die ihnen von den Regierungsparteien vorgeschlagen wird, nicht einverstanden. Sowohl der preussische Finanzminister Söbberstedt, sowie der sächsische Finanzminister Reinhold und der bayerische Gesandte v. Freger wandten sich gegen diese Regelung.

Reichsfinanzminister v. S t a l i n e erklärte in der Begründung der Beschlüsse, die Reichsregierung hat es vor und nach der Eingangsfrage des Gesetzes an Bestehen, mit den Landesregierungen zu einer Vereinbarung zu kommen, nicht zusehen lassen, die wurde bisher nicht erzielt, trotz der neuen Zugewinnlinie. Die Differenzen mit den Ländern betrafen darin, daß sie an dem Aufkommen aus der Umsatzsteuer mit 35 Prozent beteiligt sein wollen und weiter wollen die Länder dem Reiche die Einkommen- und Körperschaftsteuer abgeben. Dem tritt die Reichsregierung entgegen. Söbberstedt begründete seine Forderung der Mindererhaltung der Belastung und Beseitigung des Reiches aus dem Gebiete der Steuern mit der Bekämpfung der Dames-Bäcker. Die Reichsregierung lehnt die Beseitigung des Reichsanteils, wie er von den Ländern erzielt wird, ab. Die Reichsregierung sieht eine Lösung in der Stärkung der finanziellen Selbstverantwortung der Länder und Gemeinden durch Einräumung des Zulageanteils zur Einkommen- und Körperschaftsteuer.

Hierauf führte der preussische Finanzminister Söbberstedt u. a. aus: die bisherige Beteiligung der Länder und Gemeinden mit 90 Prozent an dem Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer, wurde als ein Schritt vorwärts bezeichnet. Das Reich will jetzt einen Schritt rückwärts tun. Wenn die Beteiligung der Körperschafts- und Einkommensteuer auf 75 Prozent herabgesetzt wird, dann ist die Beteiligung der Umsatzsteuer auf der Umsatzsteuer auf 40 Prozent. Das macht den Reichsanteil an der Umsatzsteuer auf 30 Prozent und die 20 Prozent Umsatzsteuer wie bisher und wird sofort einig. Das Kompromiß nimmt den Ländern und Gemeinden jede Hoffnung darauf, an dem Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer teilzunehmen. In Bezug auf das Später erklärte Söbberstedt, daß die Länder könnten ihre Steuern nicht mit dem Reich abgeben, was das Reich, das sich insbesondere von der Schulpflicht, die wir mit Rücksicht auf die Sicherheit und öffentliche Ordnung

nützlich haben, für die Justiz und die Schulverwaltung. Bei der Zustimmung zu dem Entwurf des Gesetzes (Kauf bei den Kommunisten: Wie doch, Heiterkeit). Die Zahl der Strafgefangenen hat sich von 40 000 auf 60 000 erhöht (!), da ist ein Abbau der Justizverwaltung nicht möglich. Werden die Vorläufe der Länder abgelehnt, so wären die Eingaben, gegen die Beschlüsse des Reichstages im Reichstag einbringen zu erheben.

Bayern droht dem Reiche

Der bayerische Gesandte v. Freger erklärte: Die bayerische Regierung lehnt grundsätzlich die Erhebung der Finanzpläne ab und wird sie weiter bekämpfen. Wir fordern größte finanzielle Selbständigkeit. Der Finanzausgleich kommt Bayern wenig entgegen. Sie kann ihn nur als ein Provisorium ansehen. Die bayerische Regierung gibt die Hoffnung nicht auf, daß die Reichsregierung um einen schweren Konflikt mit den Ländern und eine Lösung des Reiches zu vermeiden, den noch eine Lösung finden wird, die es ermöglicht, dafür einzutreten.

Die Kommunisten gegen die Kleinkaaterei

Dann sprach

Genosse Roenen,

(als er begann, verjogten sich die Abgeordneten der Rechten wieder, denn die vorhergehende Abstimmung war ja gar nicht im Abstimmungsprogramm vorgesehen.) Genosse Roenen führte aus: Es werden hier zwei Probleme miteinander vermengt. Das eine Problem ist die Frage der deutschen Finanzwirtschaft, des Einkommens von Reich, Ländern und Kommunen, die Frage der Ausbalancierung des deutschen Reichshaushalts und der Wechselwirkung zwischen Steuerbelastung und Wirtschaft. Das ist das wichtigste. Das zweite Problem, der finanzielle Streit zwischen Reich, Ländern und Kommunen, um einige hundert Millionen, ist lange nicht so wichtig. Wir Kommunisten sind in diesem Streit neutral, uns bindet nichts, weder an die Reichsregierung, noch an die preussische oder an die bayerische (Heiterkeit). Nach den Angaben der Regierung haben wir

eine Summe von 11 Milliarden Steuern, die an der Verwirklichung laßen.

Davon bekommen die Länder und Kommunen zusammen 6 Milliarden. Das ist ein ganz ungeheurer Betrag. Er legt sich zusammen aus 2 Milliarden Reichszulagen und rund 4 Milliarden, die die Länder und Kommunen selbst aus der Bevölkerung herausheben. Bei dieser ungeheuren Summe von 11 Milliarden, die man aus der Bevölkerung heraushebt, ist der Gesamtumsatz überhaupt nicht zu denken. Der Fiktionalismus zeigt darin, daß die Finanzbürokratie in Reich und Ländern nicht gemittelt ist, den Abbau der Steuern durchzuführen. Die Finanzreform der Regierung vermindert die Steuern um ganze 300 Millionen, die einzigen Kapitalgehenden und Vorbesitzenden zugute kommen.

In welcher Weise muß Reich jetzt abgeben werden? Nehmen wir die Länder, so muß man in aller Öffentlichkeit sagen:

die Länder sind der überflüssige Luxus, den wir in Deutschland überhaupt haben.

Welches Land der Welt würde sich nach einem verlorenen Kriege und in einer solchen Wirtschaftssituation den Sport leisten, 19 Regierungen mit ihrem großen Apparat nebeneinander zu haben. Man hat Thüringen nach der Revolution zusammengelassen, aber dabei ist noch geblieben. Summe noch lebt Schaumburg-Weilburg, immer noch lebt der Staat Sachsen. Kaufe in der Mitte und im Zentrum: Gott sei Dank! Im westlichen aber hat Preußen die Zerstörung. Wir vertreten die Interessen des deutschen Volkes als Ganzes, wir weisen auf diese ganzen sogenannten Länder und verlangen, daß endlich diese Kleinkaaterei verschwindet. Dadurch würden viele hundert Millionen erspart werden.

Sieht man sich die Ausgaben an, die der preussische Finanzminister vorzutragen um nachzugehen, daß die Länder unter ihren Anteil behalten müssen, dann findet man an erster Stelle die Polizei. (Heiterkeit redit.) Wir denken, (nach rechts) so lange Sie da sind, brauchen wir sie! Wir wissen, daß die Polizei nur für die Niederhaltung der Arbeiter da ist; wir werden diesem Staat keine Galgenfrist und keine Gnade geben.

Neben den ungeheuren Ausgaben für die Polizei stehen die ungeheuren Ausgaben für die Justiz und das für die Kirche. Aber auf der anderen Seite plant man 500 Kinder in eine Schulklasse. Aber um Ihre Macht aufrechtzuerhalten wird die mit Sonderantrag bewährte Schuld des Reiches, das noch unterhalten, werden 60 000 Menschen in Preußen im Gefängnis gehalten.

Bei den Kommunisten fand wir durchaus der Meinung, daß in der Verwaltung dieses gepart werden kann. In Berlin z. B. belaufen 20 Bezirksämter mit weit über 100 beladenen Stadträten und diese tun doch weiter nichts, als Gott den Tag stehen. Über in derselben Berliner Kommune hat man auf dem Gebiete der Jugendpflege einige wenige Komitee mit einer furchterlichen Verwirrung überhäuft. In diesem Reform hat die Regierung die 10 bis 12 Ämter vereinfacht, (Gott, hört bei den Kommunisten.) Diesen Zustand findet man überall in den Kommunen.

Also ein radikaler Abbau, der mit der Reichsmehrheit und Polizei anfangen muß, der sich auf die Bureaucratie erstreckt und die Vereinfachungen durchgeführt, die wir anführen, werden es ermöglichen, den Staatsbedarf von 11 auf 5 Milliarden oder noch weniger herabzurufen. Wenn man dann die Einkommensteuer für die wirtschaftlichen Vermögens, die Vermögenssteuer, die Kapitalertragsteuer und die Körperschaftsteuer herabsetzt, dann würde man die notwendigen Summen leicht aufbringen.

Bei dem, was hier in Bezug auf den Finanzausgleich vorgeht, handelt es sich überhaupt um des Kaisers Bart. Der eine bietet 11 Milliarden, der andere will 2,1 Milliarden haben. In Wirklichkeit geht es darum, daß die Länder wissen, daß weit mehr Steuern einkommen, als auf dem Papier stehen. Dadurch erhöht Preußen 250 Millionen mehr zu erzielen, die Länder im ganzen etwa 400 Millionen mehr, also um viele 100 Millionen mehr. Es geht der Regierung recht, dann werden die Länder einfach lässlich die Gemeindefiskus, die Grundsteuer, die Zölle für Elektrizität, Gas, Wasser usw. erhöhen. Also hat ein Steuerabbau bekommen wir dann einen neuen Steuerabbau von 400 Millionen Goldmark. Und obwohl wir im Prinzip absolut uniluzier sind, obwohl wir die Einkommensteuern und die Körperschaftsteuer mit allen Schritten annehmen, aber wir die kommunale Wirtschaft der Bourgeoisie bekämpfen, sind wir nicht in der Lage, mit dieser Frage mit der Reichsregierung zu gehen, son-

dern wir sagen, daß für uns die Forderungen der Länder und Kommunen das kleine Übel darstellten. In diesem Sinne sind unsere Anträge gehalten.

Jeder Staat hat die Finanzen, die er verdient, und das Steuer-system, das er verdient, und die deutsche Republik wird an diesem Steuer-system in absehbarer Zeit jämmerlich zusammenbrechen. Dann werden die wertvollen Massen die Aufgabe haben, aus den Trümmern eines verfallenen Staates aufzubauen, aber nicht im Sinn von Herrn Dr. Brücker, sondern im Sinn (Lärm) in der Mitte: von Mostau... ja, auch von Mostau, denn Mostau hat aus dem nichts, aus einem Trümmerhaufen heraus seine Währung und Staat aufgebaut und

Mostau hat ein altes Handelsvolk und Habiles Geld ohne amerikanische Betrüger, und Sie haben Ihre Goldmark mit Mühe und Not durch Betrüger in Amerika geföhrt.

So wird auch das deutsche Proletariat, wenn es zur Macht kommt, seine Volkswirtschaft aufbauen. (Lobhaster Beifall bei den Kommunisten.)

Abgeordneter R o s e (Dem.): So lange wir keine Regierungserklärung zu den Ausführungen der Länder erhalten, werden wir gegen die Vorlage stimmen. Ebenfalls erklärt v. G r a f e (W.D.P.), daß sie die Vorlage ablehnen.

In der Einzelberatung sprach Genosse R o e n e n zu den Paragraphen 3 bis 7, die den Umsatzsteuerelement der Länder regeln. Genosse Roenen begründete seinen Antrag, den Artikel auf 20 Jahre, wie er bisher befristet zu sein, durch die Lösung der Regierung verurteilt die Gemeinden und Länder an der Aufrechterhaltung dieser schätzlichen aller Steuern zu interessieren. Gegenüber der weiteren Bestimmung, daß Zucker, Salz und ähnliche Steuern mit herangezogen werden, forderte Genosse Roenen, daß statt dessen die Vermögenssteuer, die Körperschaftsteuer für die Gemeinden und Länder, die vom Kräftebesitzer über durch Ausnahmeverordnung befristet wurde, mit herangezogen werden. Weiter forderte er Streichung des Paragraphen 5, der die Rechte der Gemeinden einengen will durch Strafbestimmungen gegen diejenigen Gemeinden, die auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge und öffentlichen Wohlfahrtspflege größere Ausgaben haben. Weiter befragt er das Justizgesetz zur Einkommen- und Körperschaftsteuer für die Gemeinden und Länder. Das bedeutet neue Steigerung der Steuerlasten. In diesem Falle beantragen die Kommunisten, Zuschläge auf Vermögens- und Erbschaftsteuer.

Nachdem zur

Sausinssteuer

Abgeordnete der Sozialdemokraten und Demokraten gesprochen haben, sprach dazu Genosse K u h l e n s t a m p f. Er wies darauf hin, daß alle die Parteien, die zu dieser Steuer bisher gesprochen haben, schied an dieser verhängnisvollen Steuer ein. Nur die Kommunisten haben von Anfang an den Kampf gegen die Sausinssteuer geführt. Diese Steuer ist nach Herrn v. S t a l i n e dazu, den allgemeinen Finanzbedarf zu decken, und ihr Gesamtbetrag, der

auf 1400 Millionen geheizt wird,

soll mindestens mit einer Milliarde zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs dienen. Die Verstopfung mit dem Wohnungsbau hat nur den Zweck, diese verwerfliche Steuer schmacht zu machen. Die Wohnungsnot wird durch die Wiedererzeugung nicht behoben. 600 000 Wohnungen fehlen, wovon jährlich ein Bedarf von 150 000 Wohnungen kommt. Ein Ausweg ist die Sozialisierung der Wohnungswirtschaft. Soweit die Sausinssteuer zum Wohnungsbau verwendet wird, wird sie zu einem großen Teil für Wälen, Eigenhäuser usw. verwendet. Heute wie bisher fordern wir: fort mit dieser Sausinssteuer, mit dieser verwerflichen Bestimmung der Mietermüssen.

Einigung zwischen den Regierungsparteien über den Finanzausgleich

(U.) Berlin, 7. August.

Nach der Klarlegung des Reichstages fand in Gegenwart des Reichsministers, des Reichsfinanzministers und des Reichsfinanzministers eine Besprechung mit den Führern der Regierungsparteien im Reichstag über den Finanzausgleich statt. Wie die Telegraphen mit dem Reichsminister über diesen Streit hat, ist es in der Frage des Finanzausgleichs zu einer grundsätzlichen Einigung gekommen. Die endgültige Formulierung soll erst in der Steuerdebatte befristete geben werden.

Die Einigung ist auf folgender Grundlage zustande gekommen:

Es bleibt bei der 75prozentigen Ueberweisungquote aus der Einkommen- und der Körperschaftsteuer sowie bei der 30prozentigen Ueberweisungquote aus der Umsatzsteuer an die Länder. Die Gesamtgarantie, die das Reich für die Länder übernimmt, beläuft sich auf 2100 Millionen Mark. Anstatt dieser Summe wird eine besondere Garantie von 1500 Millionen für die Umsatzsteuer übernommen, die sich auch noch erhöhen kann. Aus diesem Reichs-Basis verläuft dem gesamten Blatt zufolge, daß eine beratende Basis für Länder mit Ausnahme Bayerns vorausichtlich annehmbar ist.

ADB-Vertriebsräte Solingen sprechen den SPD-Abgeordneten Dank aus für das Verhalten bei der Steuerfrage

Solingen, 5. August.

Der Ortsausschuß des ADB Solingen hatte für gestern Abend eine Betriebsratsoberversammlung einberufen. Die Rede nach Stellung zu den Vorgehen im Reichstag und protestierte aus scharfe gegen die Vergewaltigung der kommunalistischen Opposition durch die Regierungsparteien. Sie fordert vom Bundesvorstand des ADB, daß er die Arbeiterchaft aufruft zur Unterstützung der kommunalistischen parlamentarischen Opposition durch außerparlamentarische Aktionen. Die Betriebsratsoberversammlung drückt den kommunalistischen Abgeordneten ihren warmsten Dank für ihr Verhalten im Reichstag aus.

Die Betriebsräte haben ferner beschlossen, eine Demonstration zu veranstalten, und für diese Demonstration nur einen kommunalistischen Redner anzufordern. Die SPD hat ebenfalls eine gemeinsame Demonstration abgelehnt.

Arbeitszeitpakt in der westfälischen Metallindustrie

(G.) Drahim, Düsseldorf, 7. August.

Am 11. August sollen in Essen die Verhandlungen über die Arbeitszeit der Metallarbeiter der Nordwestgruppe stattfinden. Das Arbeitszeitabkommen wurde ebenfalls zum 31. August getündigt. Die Arbeiterchaft und die Gewerkschaften verlangen die Wiedereinführung des achtstündigen Tages. Die bisherige Arbeitszeit betrug 57 1/2 Stunden.

Gr. öffentl. Protektorium für den Reichstag

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte, erscheint in Mainz und unterrichtet Euch, mit welchem brutalen Zynismus Euch das Letzte vom Tisch genommene Kommunistische Partei, Ortsgruppe Halle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250808-19/fragment/page=0006



Schutz der Ehe und der Jugend

Art. 110: Die Ehe steht als Grundfrage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Dieser Schutz auf der Grundlage der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter.

Beweis: Durch die Profitiererei der Unternehmer sind die meisten Arbeiterfamilien gesungen, ihre Kinder während der langen Arbeitszeit auf der Straße zu lassen oder gar in die Wohnung einzupferren.

Die Keinschaltung, Seelundung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausreichende Fürsorge.

Beweis: Die Unterhaltungsätze für Erwerbslose, Kriegs- und Arbeitslosen.

Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates.

Beweis: Durch die Paragraphen 218/220 des Strafgesetzbuchs ist jede Deutsche verpflichtet, eine unbeschränkte Zahl von Kindern in die Welt zu setzen. Durch die kapitalistische Wirtschaft wird für den nötigen Nahrungsmittel gesorgt, indem die überflüssigen Kinder infolge der Unmöglichkeit der Mütter, sie selbst zu füttern oder später an Unterernährung zugrundegehen.

Art. 120: Die Erziehung des Nachwuchses zur leidlichen, geistlichen und gesellschaftlichen Tätigkeit ist oberste Pflicht und natürliches Recht der Eltern, über deren Beteiligung die staatliche Gemeinschaft wacht.

Beweis: Von den Schullehrern in den Industriestädten, ist die Arbeit unterdrückt. Zehntausende von halbwegsigen Kindern vermahlenlos, da sich niemand um sie kümmern kann. In den Großstädten verfallen Tausende von noch nicht mündigen Mädchen der Prostitution.

Art. 131: Den unehelichen Kindern hind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leidliche, geistliche und gesellschaftliche Erziehung zu schaffen, wie den ehelichen Kindern.

Beweis: Dieser Paragraph wird offiziell gestrichelt und nur inoffiziell aufgehoben, durch die allgemeine Missachtung der unehelichen Kinder, die ganz besonders von den frommen Zentralspartisten geschützt wird.

Art. 122: Die Jugend ist gegen Ausbeutung, sowie gegen stilles, geistiges oder körperliches Verwahrlosung zu schützen. Staat und Gemeinde haben die erforderlichen Einrichtungen zu treffen.

Beweis: In den mitteldeutschen Braunkohlenrevieren arbeiten Tausende gegen einen Lohn von wöchentlich fünf bis sieben Mark bis zu zwölf Stunden täglich.

Art. 123: Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln.

Beweis: Am 13. März 1925 wurde im Volkspark in Halle in eine unbefugte Wählerversammlung hineingeholfen.

Art. 124: Alle Deutschen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafrecht nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften zu bilden. Dies Recht kann nicht durch Vorbeugungsmaßnahmen beschränkt werden.

Beweis: Die Kommunistische Partei war durch eine auf Grund von Eberts Vollmacht erlassene Verordnung durch Herr von Seefeld vom 28. November 1923 an bis zum 28. Februar 1924 verboten.

Art. 125: Wahlfreiheit und Wahlergebnis sind gewährleistet. Das Nähere bestimmen die Wahlgesetze.

Beweis: Die letzten Wahlen in Mecklenburg, wo die Landarbeiter den Gutsherren vorher den Stimmzettel zeigen mußten.

Die Beamten sind Diener des Volkes

Art. 126: Alle Staatsbürger, ohne Unterschied, sind nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen.

Beweis: Kommunale Magistratsmitglieder und sonstige Selbstverwaltungsbeamte werden von Herrn Seegering grundsätzlich nicht befähigt.

Alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt.

Beweis: Aber, wenn sie sich verheiraten, werden sie entlassen.

Art. 130: Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei.

Beweis: Man sehe sie nur einmal näher an.

Allen Beamten wird die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und die Parteibindungslosigkeit gewährleistet.

Beweis: Aber wer nicht immer Monarchist ist, wird nicht befördert. Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei ist bei gewöhnlichen Juden, oder gar Dissidenten, von allen höheren Verwaltungsbeamten zureichender Entlassungsgrund.

Art. 131: Verleiht ein Beamter in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt die einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in dessen Diensten der Beamte steht.

Beweis: Die Opfer der zahllosen Arbeitermorde durch Staatsorgane sind bis heute nicht entschädigt.

Art. 134: Alle Staatsbürger ohne Unterschied tragen im Verhältnis ihrer Mittel zu allen öffentlichen Lasten nach Maßgabe der Gesetze bei.

Beweis: Von den gegenwärtigen Reichsteuern im Gesamtbetrag von über sieben Milliarden werden von den Besitzenden 1919 Millionen Reichsmark aufgebracht, von den Besitzlosen aber 4366 Millionen, also mehr als zwei Drittel.

Art. 135: Alle Bewohner des Reichs genießen volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die angelegte Religionsübung wird durch die Verfassung gewährleistet und steht unter staatlichem Schutz.

Art. 136: Die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten werden durch die Ausübung der Religionsfreiheit weder bedingt noch beschränkt.

Beweis: In großen Teilen Preußens werden selbst Katholiken, geltschwe denn Juden, oder gar Dissidenten, von allen höheren Staatsämtern ausgeschlossen.

Auf der Insel Rügen ist den Juden der Aufenthalt verboten und die „republikanischen“ Richter unterstützen die dortige Gemeinde in diesem Verbot.

Als im Oktober 1925 in Berlin Judenpogrome stattfanden, verprügelte die Schutzpolizei des Herrn Seegering nicht die Sattenkreuzer, die den Pogrom verübten, sondern die Juden, die in „Schußhaft“ genommen waren.

Art. 138: Die auf Gesetzvertrag oder besonderen Rechtsstoffen beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Verfassung gewährleistet. Die Grundzüge dieser Leistung stellt das Reich auf.

Beweis: Bis heute werden aus öffentlichen Mitteln — also auch mit den Steuergebern der feiner Religionsgemeinschaften Angehörigen — sämtlichen Kirchengemeinschaften Staatsunterstützung gewährt. Die Sozialdemokratie hat die Forderung nach Abschaffung dieser Unterstützungen aus ihrem Programm gestellt.

Art. 139: Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.

Beweis: Die Zustände im Braunkohlenbergbau.

Das Reich sorgt für die kulturelle Entwicklung

Art. 142: Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Der Staat gewährt ihren Schutz und nimmt an ihrer Pflege teil.

Beweis: Wenn ein Unversitätsdozent einen Standpunkt vertritt, der den Sattenkreuzern nicht in den Kram paßt, so steigt er schleunigst — ohne den „Schuß“ des Staates zu genießen.

Art. 144: Das ganze Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates. Er kann die Gemeinden dazu beteiligen.

Beweis: Die Schulen tragen noch immer einen unzureichend konfessionellen Charakter. In Bayern ist durch das Kontostat der Schulwesen ausdrücklich der Aufsicht der katholischen Kirche unterstellt.

Art. 145: Es besteht allgemeine Schulpflicht. Ihre Erfüllung dient grundsätzlich, die Volksschule mit mindestens acht Schuljahren und die anschließende Fortbildungsschule bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahre.

Beweis: Besonders in Süddeutschland werden die schulpflichtigen Kinder, um besser ausgebildet werden zu können, während der Sommermonate „beurlaubt“.

Art. 146: Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. Für diesen Aufbau ist die Mannigfaltigkeit der Lebensberufe, für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind seine Anlagen und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend.

Beweis: Die höheren Schulen werden fast ausschließlich von den Söhnen der Bourgeoisie besucht. Die Proletariatskinder kommen — unabhängig von ihren „Anlagen und Neigungen“ — mit vierzehn Jahren in die Fabrik oder in die Grube.

Für den Zugang Minderbemittelter in die mittleren und höheren Schulen sind durch Reich, Länder und Gemeinden öffentliche Mittel bereitzustellen, insbesondere durch Erziehungsbeihilfen für die Eltern von Kindern, die zur Ausbildung auf mittleren und höheren Schulen für geeignet erachtet werden, bis zur Beendigung der Ausbildung.

Beweis: Wieviele Arbeiterkinder erhalten solche Unterstützungen?

Art. 148: In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tätigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkervereinigung zu erstreben.

Beweis: Die reaktionären Lehrer, besonders auf höheren Schulen, betreiben überall ungehindert monarchistische und kriegsheilige Propaganda.

Beim Unterricht in öffentlichen Schulen ist Bedacht zu nehmen, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden.

Beweis: Wie geht es in der Schule den Kindern, die beim Schulgebet nicht mitmachen, aus der Kirche ausgetreten sind, oder gar zu erkennen geben, daß sie den politischen Standpunkt ihrer proletarischen Eltern teilen?

Staatsbürgerkunde und Arbeitsunterricht sind Vorkörper der Schulen. Jeder Schüler erhält bei Beendigung der Schulpflicht einen Abdruck der Verfassung.

Beweis: Wozu ist sie sonst noch nötig?

Art. 150: Die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Kultur, sowie die Wissenschaft genießen den Schutz und die Pflege des Staates. Es ist Sache des Reiches, die Abwanderung deutschen Kunstbesitzes in das Ausland zu verhüten.

Beweis: In der Inflationzeit wurde alles, was nicht niert- und nagelfest war, von den Kapitalisten ins Ausland verschoben.

Das Reich ist eine soziale Republik

Art. 151: Die Ordnung des Wirtschaftslebens wird den Grundgesetzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen.

In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen zu verhüten.

Beweis: Die Tatsachen.

Art. 152: Im Wirtschaftsverkehr gilt Vertragsfreiheit nach Maßgabe der Gesetze. Wucher ist verboten. Rechtsgebühren, die gegen die guten Sitten verstoßen, sind nichtig.

Beweis: Ein Bild in die Geschäftsbücher eines beliebigen großkapitalistischen Unternehmens, und ein Gang durch die Straßen von Halle, wobei die Schaufenster zu besichtigen sind.

Art. 153: Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet. Sein Inhalt und seine Schranken ergeben sich aus den Gesetzen.

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das allgemeine Beste.

Beweis: Wenn die breiten Volksmassen vollkommen ausgeraubt sind, kann man aus ihnen nicht mehr viel herauspressen. Im übrigen hat Hugo Sinnes erklärt: „Meine Macht ist Deutschlands Macht“.

Dieser Artikel der Reichsverfassung kann auf Grund des Artikels 48 (Notverordnungrecht des Reichspräsidenten) außer Kraft gesetzt werden.

Art. 154: Das Erbrecht wird nach Maßgabe des bürgerlichen Rechtes gewährleistet. Der Anteil des Staates am Erbgut bestimmt sich nach den Gesetzen.

Beweis: Gegenwärtig beträgt er jährlich 36 Millionen Mark von den Duzenden von Milliarden, die alljährlich vererbt werden.

Art. 155: Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen in einer Weise überwacht, die Mißbrauch verhindert und dem Ziel zutrifft, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den funderzichten, eine ihren Verhältnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsbeimittelte zu sichern. Kriegsteilnehmer sind bei dem zu lassenden Heimstättenrecht besonders zu berücksichtigen.

Beweis: Zehntausende von Familien sind ohne feste Wohnung, Hunderttausende in engen Kellerzimmern zusammengedrückt. Die Wohnungsarmen sollen nach dem jetzt im Reichstag beschlossenen Finanzgesetz keinesfalls weniger als 100 Prozent der Friedensmiete betragen.

Grundbesitz, dessen Erwerb zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses, zur Förderung der Siedlung und Urbarmachung oder zur Hebung der Landwirtschaft nötig ist, kann enteignet werden.

Beweis: Bis heute ist ein halbes Prozent des den Junkern gehörigen Bodens enteignet worden.

Die Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens ist eine Pflicht des Grundbesitzers gegenüber der Gemeinschaft.

Beweis: Die Junker lassen Zehntausende von Hektaren Landes, wo sie nicht genügenden Profit erzielen können, brach liegen und brachen, wenn ihnen der Zollwucher nicht bewilligt wird, den größten Teil des heutigen Ackerlandes „stillzuliegen“.

Die Versteigerung des Bodens, die ohne eine Arbeits- oder Kapitalanwendung auf das Grundstück entsteht, ist für die Gesamtheit nutzlos zu machen.

Beweis: Die Wertminderungen auf Grund- und anderen Besitz, ist gegenwärtig völlig außer Kraft gesetzt.

Art. 156: Das Reich kann durch Gesetz, unbeschadet der Entschädigungsgesetzungen, in Ausnahmefällen die für die Enteignung günstigen Bestimmungen für die Versteigerung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum überführen. Es kann sich selbst, die Länder oder die Gemeinden an der Verwaltung wirtschaftlicher Unternehmungen und Verbände beteiligen, oder sich daran in anderer Weise einen bestimmten Anteil sichern.

Das Reich kann ferner im Falle dringenden Bedürfnisses zum Zwecke der Gemeinwohl durch Gesetz wirtschaftliche Unternehmungen und Verbände auf der Grundlage der Selbstverwaltung zusammenfassen mit dem Ziele, die Wirksamkeit aller schaffenden Kräfte zu sichern, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Verwaltung zu beteiligen und Erzeugung, Herstellung, Verteilung, Verwendung, Preisgestaltung, sowie Ein- und Ausfuhr der Wirtschaftsgüter nach gemeinwirtschaftlichen Grundgesetzen zu regeln.

Beweis: Die Sozialisierung ist solange markiert, bis Hugo Sinnes, Barma und ähnliche Leute alles Erreichbare „sozialisiert“ hatten und die Reichsbahnen in den Besitz des Entente-Kapitals überführt waren.

Das Reich schützt die Arbeitskraft

Art. 157: Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutze des Reiches.

Beweis: Das Reich sorgt dafür, daß es der Arbeitskraft nicht zu üppig geht und darum es ihr an Ansporn zur gelehrtsfördernden Tätigkeit nicht fehle. Wenn das der Arbeitskraft nicht genügt, so wird sie mit blauen Löhnen gequält und, wenn sie sich dagegen wehrt, auf Staatskosten in öffentlichen Anstalten erhalten.

Art. 159: Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.

Beweis: Wer im Lohnwert für die Gewerkschaft Propaganda macht, liegt aus Wähler.

Art. 161: Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterschaft und zur Fürsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Geschlechtsleiden des Lebens schließt das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten.

Beweis: Die Renten der Sozialversicherung.

Art. 162: Das Reich tritt für eine justizstaatliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Arbeiter ein, die für die gesamte arbeitende Klasse der Menschheit ein allgemeines Mindestmaß der sozialen Rechte erstrebt.

Beweis: Reich einmal das Washingtoner Abkommen wird ratifiziert.

Art. 163: Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt. Das Nähere wird durch besondere Reichsgesetze bestimmt.

Beweis: Die Sätze der Erwerbslosenunterstützung.

Art. 164: Der selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel ist in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Verwahrlosung und Auflösung zu schützen.

Beweis: Inflation und Aufwertungsgeheimnis.

Art. 165: Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die betrieblichen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.

Beweis: Herr von Seefeld hat auf Grund von Fritz Eberts Auftrag Streiks verboten und die Arbeiter gesungen, sich den Zeugnundtag ohne Verhandlungen auferlegen zu lassen.

Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten, sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeitsrat.

Beweis: Wo sind sie?

Den Arbeitern und Wirtschaftsarbeitern können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden.

Beweis: Da staunet!

Art. 178: Alle öffentlichen Beamten und Angestellten der Reichsmacht sind auf die Verfassung zu vereidigen. Das Nähere wird durch Verordnung des Reichspräsidenten bestimmt.

Beweis: Ist gegeben.

Art. 181: Das deutsche Volk hat durch seine Nationalversammlung diese Verfassung beschlossen und verabschiedet. Sie tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Beweis: Siehe oben.

„Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland!“



Aus den Betrieben

Welche politischen Aufgaben haben die Zellen jetzt durchzuführen?

H. W. Ein Hauptmangel unserer bisherigen Betriebszellenarbeit besteht in der Tatsache, daß die Zellen fast ausschließlich als organisatorisches Problem behandelt haben. Der organisatorische Aufbau von Zellen, wie Registrierung, Kartierung usw., ist zwar eine unbedingt notwendige Arbeit, aber durchaus nicht die beherrschende. Mit dieser Durchorganisierung muß parallel laufen die politische Schulung und Arbeit der Zellen.

Die Zelle ist kein organisatorisches Arbeits- oder Eigengebiets-, sondern die Partei im Betrieb. Daraus ergibt sich ohne weiteres schon die absolute Notwendigkeit für die Zelle, nicht nur auf alle politischen und wirtschaftlichen Ereignisse selbsttätig zu reagieren, sondern überhaupt alle politischen Fragen prinzipiell und tatsächlicher Natur einer kritischen Durcharbeitung und Diskussion innerhalb der Zelle zu unterziehen. Diese politische Selbsttätigkeit und Durchbildung der Zelle ist die unumgängliche Voraussetzung jeglicher Beeinflussung der Arbeitermassen.

Unter diesem Gesichtspunkt sind gerade heute eine Reihe erstklassiger politischer Aufgaben von der Partei — also den Zellen — zu lösen, die zur praktischen Durchführung geradezu drängen. Wir brauchen nur im Sinne der Parole: „Deran an die Massen!“ an die Revolutionsarbeit und Erziehung der Gewerkschaften und deren unbeschränkte Schließlichkeit für politische Resolutionen zu denken, um den Beschluß des 10. Parteitag:

„75 Prozent der Parteiarbeit muß den Gewerkschaften gewidmet werden“

in seiner ganzen Tragweite zu erfassen. Tatsache ist doch, daß die deutsche Bourgeoisie die politische und wirtschaftliche Unterdrückung und Auszumpfung der wertigsten Massen nur deshalb so hemmungslos durchführen kann, weil die Gewerkschaften samt und sonders eine Politik der Arbeitsgemeinschaft, der Überbrückung der Klassengegnenisse zwischen Kapital und Arbeit betreiben. So lange wir nicht vermögen, die Gewerkschaften der Herrschaft der jetzigen Führerkreise und der Klassenkampfbündnisse umzuwickeln, so lange kann auch die Lösung „proletarische Revolution“ nur eine Illusionsparole ohne erkennbaren Nützlichkeitswert sein. Das muß besonders im Hinblick auf die Verflechtung der nationalen und internationalen Gewerkschaftsarbeit zum Bewußtsein auch des letzten Parteitagsgenossen kommen, denn die Zerstückelung der Gewerkschaften in regionalische und revolutionäre Kreisläufe ist die aktive Kampfmethode von vornherein der revolutionären Beeinflussung breiter Arbeitermassen hinsichtlich aus und überläßt diese der konterrevolutionären sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie.

Als weitere aktuelle politische Aufgabe steht vor den Zellen die Durchführung unserer Antifirstampagne, die mit der 2. August-Demonstration keineswegs etwa als erledigt anzusehen ist. Die hier tagende treuende Verfestigung der deutschen Hindenburg-Politik unter der Auswirkung des Dawes-Planes, wie sie der Garantie- und Währungsbeschützer besonders frisch aufweist, rückt die Einbeziehung Deutschlands in die antikomunistische Allianz in immer greifbarere Nähe. Bei der zentralen Lage Deutschlands als Auf- und Durchmarschgebiet gegen Sowjet-Rußland ist dies nicht allein politisch, sondern auch strategisch von entscheidender Bedeutung. Die Intervention in China, der Krieg in Marokko und die damit parallel laufende Rußlanddebatte zeigen nur zu deutlich, daß die Kriegsgefahr drohend über uns her sich senkt.

Die Zelle als unterste Parteieinheit muß auch hier ihre politische Pflicht erfüllen und mit dem

praktischen Arbeitstempel

einleihen. Weshalb verhält es sich mit der Amneistie, die mit ihrer Abschaffung durch die Reichsregierung eine so schreckliche Enttäuschung erfahren wird, daß sie in Betracht der noch bevorstehenden Völkerverammlung zu einer Fortkündigung in unserer weiteren Amnestiecampagne geradezu herausfordert.

Dazu kommt der furchtbare Zoll- und Steuerwucher, der die wertigsten Massen in ihrer Lebensexistenz aus schwerer Bedröhung. Der Scheinpartei, der die SPD, infolge der imperialistischen Interessen ihrer eigenen Anhänger zu führen gelungen ist, wird kein Zurückweichen der Großpartei vor verschaffen. Umjohrer ist die Sammlung des Widerstandes der breiten Massen der Betriebe gegen diesen Anschlag von uns, von unseren Betriebszellen zu organisieren.

Angedacht der schon eingangs festgestellten Neuartigkeit der politischen Zellennarbeit ist es angebracht, einiges über die praktische Durchführung politischer Arbeit zu erläutern.

Die Zelle als unterste Parteieinheit beschäftigt in einer Zellensammlung nach Entgegennahme eines entsprechenden Referats und der Diskussion über die zu lösenden politischen Aufgaben: Die Möglichkeit eines jeden Genossen bei einer freien Gewerkschaft kontrolliert. Jeder Genosse erhält den besonderen Auftrag, in seinem nächsten Arbeitsort (Werkstatt, Abteilung bzw. Kleinbetrieb) im Sinne der politischen Beschlüsse (Eintritt in die Gewerkschaften, oppositionelle Auffassung der Gewerkschaftsmitglieder, Bildung von Aktionskomitees für die gewerkschaftliche Einheit, Zustimmung zu unserer Amneistie, Antifirst, Antizoll- und Steuer-Kampagne, zur Einberufung von Delegiertenversammlungen) zu arbeiten. Das Ergebnis dieser Tätigkeit ist monatlich durch zeitweilige Unterrichtsversammlungen in der Zelle festzustellen und auch kontrolliert werden. (Z. B. wer ist für die Amneistie, Kundendelelegationen, Gewerkschaftsarbeit, Antifirstkampagne, Delegiertenversammlungen, Aktionskomitees, für diese oder jene Verberehrungen der Arbeitsbedingungen usw. usw.). Daneben muß mittels der Zellensammlung diese persönliche Bearbeitung unterstützt werden.

Durch diese zelle Kleinarbeit wird jeder Sabotage reformistischer Betriebszelle, Gewerkschaftsbürokraten usw. von vornherein entgegengekehrt, wird diese immer mehr unmöglich gemacht. Weshalb müssen die Werbestampagnen für Partei und Presse durchgeführt werden.

Als oberster Grundgedanke der gesamten Tätigkeit unserer Betriebszellen muß gelten: Jedes einzelne Parteimitglied muß nur praktische Aufgaben gestellt und zu deren Durchführung erogen werden. Dann erst haben wir die Partei im Betriebe!

Grube Marie bei Bitterfeld

Auf Grube Marie werden die Arbeiter und Arbeiterinnen behandelt, daß es jeder Beschreibung spottet. Ein wahres Prachtexemplar in der Behandlung der Arbeiter ist der Meister Kranz. Die Ausrede, die er gebraucht, lassen vermuten, daß er sich nebenbei mit Zoologie beschäftigt.

Eine besonders feine Nummer ist auch der Direktor Hiedler, dessen Hand ziemlich locker zu sein scheint. Die Arbeiter-

rinnen möchte er am liebsten gleich schlagen. Der Verdienst ist im Afford von 13 bis 15 Mark pro Woche. Der Stundenlohn für 16-jährige Burshen 16 bis 23 Pf., und für Arbeiterinnen bis 23 Pf.

Arbeiter und Arbeiterinnen, daß ihr schon einmal nachgedacht, warum Euch das alles geschehen werden kann? — Weil ihr nicht organisiert seid; ihr halt keine Arbeiterpresse, ihr habt keinen Betriebsrat, denn der vom Direktor Hiedler eingeleitete Betriebsrat ist doch ein Kapitalistensrat, das heißt ihr doch alle Tagelöhner, hinein in die Gewerkschaft, damit sich auch auf der Grube Marie die Verhältnisse ändern.

Trotz alledem! Hinein in die Gewerkschaften

Am Donnerstag, dem 6. August, fand eine Delegiertenversammlung der Maschinenfabrik Marx & Co., Halle, Vaußhändlerstraße, statt. Am in Betrieb beschäftigten Arbeiter waren anwesend. Mehrere Kollegen hatten den Genossen Höder von der Internationalen Arbeiter-Hilfe aufgefordert, über die China-Situation wie auch über die Unterdrückungskampagne der I.A.H. zu berichten. Vorher war eine äußerst interessante Debatte über die Frage: „Sollen wir wieder den freien Gewerkschaften beitreten oder nicht?“ Mehrere Kollegen waren der Meinung, daß keine „Hühner“, wie Höder, erst befragt werden müssen, bevor die Gewerkschaften beitreten. Höder hat sich für die Gewerkschaften entschieden, der selbst ein Opfer der Patrie Höder geworden ist und aus dem I.A.H. ausgeschlossen wurde, trat energisch für den Eintritt der ganzen Belegschaft in die I.A.H. ein und machte den Vorschlag, einen entsprechenden Antrag anzunehmen. Daran wurde gegen eine Stimme beschlossen, daß sich alle Kollegen sofort dem I.A.H. anschließen haben.

Dann berichtete Genosse Höder über die China-Situation der Internationalen Arbeiter-Hilfe und über die Bedeutung der Bauarbeiter-Ausparierung für die Kollegen der anderen Arbeitergruppen. Auch die Metallarbeiter sind verpöndelt, den Kampf der Bauarbeiter zu unterstützen.

Einmütig beschloß die Belegschaft, der Internationalen Arbeiter-Hilfe separat zu beitreten mit einem Monatsbeitrag von 20 Pf. pro Belegschaftsmittglied.

Solche Beschlüsse zu fassen und auch in die Tat umzusetzen, muß die Aufgabe der revolutionären Arbeiter in allen Betrieben sein.

Lehrlingsausbeutung

Bei der Firma Magdeburg & Wetzlar, Halle, sind 20 Lehrlinge beschäftigt. Diese Schicksale trifft allen Fall auszustellen. Wenn sie eine Arbeit nicht richtig ausführen, so erhalten Prügel schämlicher Sorte. Wir wollen hier einen sehr krassen Fall herausgreifen: Ein Lehrling sollte eine Arbeit verrichten, wozu ihm aber ein Kasten fehlte. Darauf bekam der Lehrling Schläge, daß ihm das Blut aus Nase und Mund zu quoll. Dabei wurde von dem Vorarbeiter W. G. G. gesagt: „Nur ihr heute nicht, bis die Wand...“

Zunarbeteiter, Lehrlinge! Macht Front gegen dieses System. Organisiert Euch in den freien Gewerkschaften und in der Kommunistischen Jugend, die eure Interessen vertritt.

Ein Arbeiterkollege.

Metallwarenfabrik Weiße & Kühne, Zeitz

Von einem sozialdemokratischen Arbeiter

In dem Metallbetrieb Weiße & Kühne, Schöneberg, werden nicht nur Kommunisten, sondern auch Sozialdemokraten auf alle Art und Weise schikaniert. Seit die langjährige deutschnationale Regierung aus Ruher gekommen ist, geht nun auch Herr Kühne den Herrenlandpöbeln heraus. Das mußte auch der langjährige Betriebsvorsitzende Genosse K. wissen, der im Jahre 1913 an dort beschäftigt und ist jetzt für Recht und Wohl seiner Mitarbeiter eingetreten. Am Oktober v. J. ging er in einen anderen Betrieb, in dem aber noch länger Zeit sämtliche männliche Arbeiter entlassen wurden. Er war nun erwerbslos und fragte nach einiger Zeit wieder bei der Firma an. Da wurde ihm von Herrn Kühne erklärt:

„Sie waren ein guter, tüchtiger Arbeiter, aber infolge ihrer politischen Tätigkeit kann ich Sie nicht wieder einstellen. Seit Sie aus dem Betriebe sind, habe ich Ruher. Sogar die Meister haben erklärt, seit Sie fort ist, ist Ruher eingetreten.“

Wahoh, die Herren Meister können sich mit den Leuten machen was sie wollen. Und gerade die Meister Erbe und Kemmann waren es, die sich nach dem Kriege nicht radikal genug gebärden konnten und die dauernd auf das Kapital schimpften. Der Meister R. war es, der während der Inflationszeit einmal erklärte: Mit Handarbeiten müßte man daswischenfahren. — Heute haben diese Meister im schwarzweißen Lager und flaggen am Deutschen Tag sogar schwarzweißt.

Die Behandlung ist schändlich. Der Vorarbeiter Klok meint wohl, er befindet sich auf dem Falkenhofe und erklärt: „Ja war Feldwibel und werde schon Ordnung schaffen“. Nebenstehen wie Bunde, feine Schweine, sind an der Tagesordnung, loger die Kollegen holt er vom Abort mit den Worten: „Sch...! Ich zu Hause aus, da hat ihr Zeit.“ Als die Kollegen 8. mit ihrer Arbeit fertig waren und R. verlangte, wurde ihr von Klok erklärt, er habe keine, als sie dann fragte, was sie machen sollte, erklärte K., sie solle sich... gehen.

Auch in der Stanzerei bei Meister Erbe ist die Antireiberei in voller Blüte, dort herrscht das Müllensystem, nicht eine von den alten Arbeiterinnen ist mehr da, immer neue Leute. Was es ein Baumberg sahren könnte, könnte er auch arbeiten. Ist, ging ins Kontor, um sich krank zu melden, wo Herr Kühne verlangte: „Mache mal gefälligst das Genoss Hiedler aus, so was bulde ich nicht, das wirst provozierend“. Das Kontorpersonal aber darf Stahlhelm

der Mitglied des Zeiger Ordnungsbundes ist,

geleitet: Kommt da am Dienstag der Gürtelherstellung Theodor und will sich den Krankenheime holen, da war ein Meister R. erklärt, das wäre nur Freiheit von ihm. Wenn er Sonntags nach Baumberg sahren könnte, könnte er auch arbeiten. Ist, ging ins Kontor, um sich krank zu melden, wo Herr Kühne verlangte: „Mache mal gefälligst das Genoss Hiedler aus, so was bulde ich nicht, das wirst provozierend“. Das Kontorpersonal aber darf Stahlhelm

und Sackentzug tragen. In der Abstellung des Meisters R. z. B. steht ein 15jähriger Lehrling, der das schwarzweiße Bandchen trägt. Es könnte noch mehr berichtet werden, wollen es aber ein anderes Mal tun. Möge jeder dieses Mutter-Colorado meiden.

Schuhfabrik Ernst Breisch, Weiskensels

Im dem Betrieb des langen Leidens, Ernst Breisch, wird Mißstände zu verzeichnen, die wert sind, an die Öffentlichkeit gebracht zu werden. Die Arbeiter in diesem Betriebe, meint man sie überhaupt zu nennen darf, ist einzig in ihrer Art. Als Abort selbst dienen vier einfache Latzen, auf denen man keine Notdurft verrichten soll. Es ist keine Seltenheit, daß ein Kollege bei solchen Zuständen seinen anderen Kollegen einen Ballen aus dem Abort, besagten ziehen muß. Will ein Kollege diesen Mißstand beseitigen, muß er in der Reihe antreten, weil dieser Schwemmel für 40 Mann berechnet ist. Seit Jahren ist er nicht gereinigt — worum denn auch, er ist ja nur für Proleten! Obendrein ist man dort ständig in Lebensgefahr und muß darauf bedacht sein, daß man nicht in die ewigen Jagdgründe gerät.

Wir fragen die Belegschaft, wollt ihr Euch noch länger als Vieh gehalten lassen? Verdient er nicht lo, daß er einmal einen anständigen Abort für seine Belegschaft bauen lassen kann? Arbeiter der Firma Breisch, löst Euch dieses nicht länger bieten. Wir hätten schon längst diese Spelunke genommen und in die Villa des Chefs getragen.

Durch geschickliches Vorgehen der gesamten Belegschaft könnt ihr die Mißstände beseitigen. Organisiert Euch in den freien Gewerkschaften und nehmt mit uns Kommunikation den Kampf auf der ganzen Linie auf, bis zum endgültigen Sieg der Arbeiterklasse.

Rußlandkorrespondenz

Antwort auf den Brief des russischen Arbeiters

Meister Genosse!

Du schreibst, daß der 20. März für Euch ein Feiertag gewesen sei, weil Du an jenem Tag meinen Brief erhieltst. Nun müßte ja auch umgekehrt der 28. Juli, an welchem ich Deinen Brief erhielt, für mich ein Feiertag gewesen sein. Leider war dieses aber nicht der Fall. Wohl habe ich mich recht über Deinen Brief gefreut. Am 28. Juli aber war ich gerade von meinem Arbeitgeber auf die Straße geschickt worden. Der Grund dafür, daß ich entlassen wurde, wird wohl sein, daß ich Kommunist bin. In Deutschland ist es nämlich so, daß es nur noch Kommunisten sind, welche sich für die Bekämpfung der Arbeiterfeindschaft des kapitalistischen Hoch einsetzen. Darum sind es auch meist Kommunisten, welche arbeitslos sind. Dadurch lassen wir uns aber noch lange nicht einschüchtern. Noch immer gilt für uns der Wahlspruch:

„Nicht bitten, nicht bitten, nur mutig gestreitet. Nie kämpft es sich schlecht, für Freiheit und Recht.“

Du schreibst nun, daß bei Euch alle hoffen, daß auch wie einst in „unserer Sowjetrepublik“ leben werden. Genosse, wir selber hoffen dieses nicht nur, sondern sind seit davon überzeugt, daß es so kommen wird. Wohl wissen wir, daß es bis dahin noch ein Opfer kosten wird. Aber wir werden diese Opfer gerne bringen, werden sie sich doch zum Nutzen der gesamten Arbeiterklasse auswirken.

Weiter schreibst Du über Deinen Verdienst, daß aber leider nicht angegeben, was Du Dir dafür kaufen kannst. Bei uns ist der Lohn so hoch, daß wir uns noch nicht einmal einen Arbeitslohn ausgeben, welcher uns noch eben einen guten Lohn bekommt, kaufen können. Auch bei uns gibt es Vergünstigungen für solche Kollegen, welche nicht in der Arbeiterklasse fahren müssen. Aber erwidere nicht, wenn ich Dir diese „Vergünstigungen“ schildere: Ehe Du überhaupt mal in den Genuß derselben kommst, müßt Du einen Streikbrief über Dich herheilen lassen, dann noch eine Photographie. Wenn Du dann beides hast, darfst Du Dir eine Fahrkarte kaufen. Die Bahn fährt so, daß aber noch lange nicht benutzten. Denn fast immer ist es so, wenn Du kontrolliert wirst, stimmt irgend etwas nicht. Hast Du aber nichts mal Glück in den Zug hineinzu kommen, so sehen die Inspektoren Wagen zu Deiner Verfügung. Da hinein wirst Du unter allerhand Grobheiten verurteilt, wie Heringe in die Tonne. Alles zusammen aber nennt man in Deutschland Vergünstigungen für Proleten auf der Dames-Bahn.

In einer Krankenliste sind wir auch verzeichnet. D. h. wir dürfen die Beiträge dafür zahlen. Will Du aber wirklich mal krank, so dauert es kaum 14 Tage und Du kommst nur einen „Bettenschein“, welcher Dich zum bestimmter arbeitsfähig schreibt. Urlaub heißt uns auf Grund des Tarifes aus. Hier ist es aber wieder so, daß die Unternehmer die Arbeiter darum betrügen. Und gar daran denken, auf Schloßern zu wohnen? Da hat schon die SPD. 1918 gefordert, daß diese auf in Ordnung und zur Verfügung der ausgehenden ehemaligen Herriger bleiben.

Daß bei uns die kommunistische Presse noch nicht auf allen Arbeitern gelesen wird, hatte ich Dir schon geschrieben. Zurzeit führen wir eine Kampagne zur Gewinnung neuer Leser durch. Weiter beschäftigen wir, in nächster Zeit Bildungen kurz einzulassen, um uns politisch weiter zu schulen. In größeren Betrieben haben wir zum Teil auch Zellenzeitungen. Weißt Kloppt es aber noch nicht lo richtig.

Arbeitsgelegenheit gibt es in Deutschland auch, aber andere als bei Euch, so z. B. die Arbeitsgeberverordnung. In dieser wird festgelegt, daß Arbeiter 10 und mehr Stunden pro Tag arbeiten müssen. Diese Charakteristika haben ich, daß diese Verordnung von den deutschen Menschweibern eingeführt wurde.

Es gibt aber auch noch andere Arbeitsgelegenheit, welche z. T. auch keine Rechte für die Arbeiterklasse vorsehen. Dank des 11-jährigen Arbeitervertrags der SPD, oder können diese Rechte von den deutschen Kapitalisten labortiert werden, wie überhaupt die Handlungsweise dieser Herrschaften, den Arbeitern gegenüber, heute eine noch viel brutaler ist als vor 1918.

Ich hoffe, Dir in nächster Zeit auch noch etwas über die deutschen „Schloßheime“ berichten zu können. Erwarte, daß Du mir auch auf diesen Brief antworten wirst. Ich sage Dir schon im voraus meinen Dank.

Mit kommunistischem Gruß!

W. K., Arbeiterkorrespondent.

Genossen, berichtet aus den Betrieben!

120.000 Bauarbeiter im Kampf! Genosse! Kollege! Sammelst Du in Deinem Betrieb für den Kampffonds?

Die SPD. hat kein Recht, Nazifismus zu heucheln

Eine Betrachtung zur Verfassungsfeier



für den Offizier — Beruf,



für den Kapitalisten — Profit,



für den Werktätigen — Elend und Hunger.

Das ist die Bedeutung des imperialistischen Krieges

... ist. Die SPD. bläst im „Volksblatt“ die Schmelze des ewigen Friedens. Angedenken daran, daß sie sich zu keiner Erreichung des unzulänglichen Mittels Nazifismus mit der Parole „Nie wieder Krieg“ bekennt, hat sie auf Grund ihrer ganzen Vergangenheit überhaupt kein Recht, in solchen Ton einzustimmen. Warum nicht, wird erhaucht manch Arbeiter fragen. Es kann doch jemand, der früher einmal Nationalist war, zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß Nationalismus falsch sei. Man darf doch die Weiterentwicklung nicht in Frage stellen. Diesen Arbeitern wird man antworten müssen: Das mag wohl bei einzelnen Menschen zutreffen, die auf Grund ihrer Erziehung und ihres Milieus nichts anderes als Nationalismus kannten, kann aber niemals auf die Sozialdemokratie angewandt werden. Denn diese war im Jahre 1914 eine Arbeiterpartei und hatte tausend heilige Eide gegen den Krieg geschworen. Sie hat bemüht die proletarische Klasse an den Imperialismus vorzuziehen und wenn sie heute in Kundgebungen, Demonstrationen und Aufmärschen den Krieg ablehnt, so tut sie im letzten Augenblicke die proletarische Klasse wieder an den Imperialismus — genau wie 1914. Nur, daß der Imperialismus ein etwas anderes Gesicht bekommen und sich als Hauptangriffspunkt Sowjet-Rußland ausgesucht hat. Das Nazifismus — wenn er ehrlich gemeint ist — eine Revolution, und zwar eine sehr gefährliche ist, hat der „Klassenkampf“ oft genug bewiesen. Er hat auch bewiesen, warum Nazifismus eine Gefahr ist und warum gefährlich für die Arbeiterklasse. Aber es hat nicht oft genug bewiesen, warum und keine Gegenüberstellung kann trotz genug verdeutlichen, daß die Sozialdemokratie, und mit ihr das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, in dem Demokratie und Zentrumslinien organisiert sind, nicht einmal das Recht hat, diese Klassen zu nähren.

zum Zeichen des Friedens und der Freiheit und der nationalen Einigkeit, ohne die ein Volk nicht bestehen kann.“

Dann lehnt das „Volksblatt“ in keinem aus H. D. Schulz und Courthaus-Wähler gemischten Stil der Sowjetisten als „Küßling der Barbaren“ und als „unzulängliches Mittel im Weltkampfe der Völker“ ab.

Neben den Frieden legt das „Volksblatt“ in seinem Reichsbanner-Verfassungsaufzug auch „Freiheit“ und „Einigkeit“. Die Freiheit der Monarchienprüfungen zum Beispiel, die von sozialdemokratischen Ministern wieder nach Deutschland gelassen wurden. Freiheit für Riefker, indem man die Gemordeten für schuldig erklärt. Und „Einigkeit“ — ausdrücklich „nationale Einigkeit“ — das ist der 1914 geschlossene Vertrag mit den Kapitalisten. Das ist die Einigkeit, wenn es um die Zeichnung an Ministerposten, um Kredite für Barmat geht und um die Feststellung des „Vorwärts“. „Stimmes ist gar nicht der schwarze Mann.“ Die SPD. hat kein Recht, Nazifismus zu heucheln und für Frieden, Einigkeit und Freiheit zu demonstrieren. Es gibt keinen Frieden,

Gott. (Dies soll während der Reichsbannerdemonstration zu Ehren der Zentrum-Reichsbanner-Minister sein, die im deutsch-nationalen Kabinett sitzen.)

Montag: Wanderbarer König. (Nach Ebert — über Hindenburg kommt eben die Monarchie.)

Dienstag: O selig Haus, wo man Dich aufgenommen. (Das ist für die Offizierschule in Potsdam, wo Riefker sitzt.)

Mittwoch: In Dir ist Freude in allem Seide. (Damit meinen sie Riefker.)

Donnerstag: Tadel will ich Dir geben. (Der Republik natürlich.)

Freitag: O, daß ich tausend Jungen hätte. (Das glauben wir der „Allgemeinen Zeitung“ gern.)

Sonnabend: Schmäde dich, o liebe Seele. (Das ist übrigens ein Rückfall in die Knoblauch-Deologie.)

Vaterländische Lieder und Verfassungsfeier

Eine Lektion für halbsche Schulmänner

(Arbeiterkorrespondenz)

In der Alten Volkshaus, Klasse 2, sollte in der letzten Nachmittagsstunde gesungen werden: „Vaterland, Vaterland, ruh' in Gottes Hand“, „Deutschland, Deutschland über alles“ und „Ich hab mich ergeben“. Meine 13jährige Tochter, die diese Klasse besucht, erzählt mir folgendes Erlebnis: „Da ein Mädchen und ich „Deutschland, Deutschland über alles“ nicht mitsingen, fragte uns die Lehrerin, Fräulein B., warum wir nicht mitsingen wollten. Wir sagten, wir könnten das Lied nicht singen. Darauf sollten wir es zum nächsten Male lernen, denn es wäre unsere Pflicht, „Deutschland, Deutschland über alles“ zu singen, weil wir deutsche Kinder wären.“

Darauf habe ich als Vater mit der Lehrerin Rücksprache genommen und glaube, die Sache wäre abgetan. Aber weit gefehlt! Gestern ging es meiner Tochter abermals so. Die Lehrerin hatte angenommen, ich wäre nun einberufen worden, daß meine Tochter vaterländische Lieder mitsinge. Sie sagte meiner Tochter, wenn sie das Lied nicht mitsingen würde,

wollte sie es dem Schultat lagern, dann würde sie sehen, was sie erleidet.

Außerdem wäre es Schulpflicht, das Lied zu singen. Nachdem dieser Vorfall eingetreten ist, sehe ich nicht gezwungen, das Ganze zu veröffentlichen.

Ich hatte dem Fräulein B. meine Einstellung mitgeteilt, aber sie verzögerte sich hinter der ministeriellen Verordnung und sagte, ich solle mit dem Rektor reden. Das tat ich auch. Der Rektor meinte, es ginge nicht, daß die Eltern so und die Schule so wollte.

Da würde doch die Kindesseele vermirrt.

Worauf ich erwiderte: „Wer vermirrt denn eigentlich die Seele des Kindes, die Eltern doch nicht, sondern die, die da oben sitzen. Wenn die Herren an die Rieche des Nächsten glauben, so würden sie die Arbeiter nicht erziehen lassen.“ Ich habe den Herrn Rektor auf den 13. März im „Volkspart“ hingewiesen, wo die Arbeiter ermordet wurden, und fragte: „Wer vermirrt denn da die Seele des Kindes und des Volkes?“ Ich fragte weiter: „Warum weist man 180 000 Bauarbeiter auf die Straße? Wer vermirrt da die Seele des Kindes? Wo bleibt da der Glaube an die Allmacht? Warum ist Wilhelm nicht bei seinen Soldaten geblieben; warum laufen die Kriegesrümpel herum, und warum hat man uns um die Spargroschen gebracht? Wer vermirrt da die Seele des Kindes? Die Eltern, oder die da oben sitzen?“

Ich fragte den Herrn Rektor weiter, ob die Kinder nicht ebenso hungern müssen wie ihre Eltern.

Und da wollen sie, daß die Kinder „Deutschland, Deutschland über alles“ singen! R. F., ausgeperrter Bauarbeiter.

Ein Nachwort zum Roten Antikriegstag

(Von einem Arbeiterkorrespondenten)

Der kommunistische Gedanke scheint unter der arbeitenden Bevölkerung immer mehr Platz zu gewinnen. Das beweist die Teilnahme am Antikriegstag und die Schreibung des „Volksblatts“ in letzter Zeit. Gerade der Antikriegstag muß den Kapitalisten vom Satz mächtig auf die Nerven gefallen sein. Dem „Volksblatt“ nach ist die Beteiligung am Antikriegstag ganz möglich gewesen. Warum dann aber der großen Artikel über eine kleine Sache? Ich lieben Dummköpfe von der „Volksblatt“-Redaktion, spart Eure Kräfte lieber für später auf, denn die Demonstrationen des revolutionären Proletariats werden immer wichtiger und Euer Einfluß bei den Arbeitern immer schmäler. Gerade der Antikriegstag muß den Kapitalisten, gerade einschließlich des Bürgerturns, genau, wie die früheren des Proletariats ist, also die Nachhilfe euerig sich denn schon, noch dazu von Seiten, welche den Glauben an den Sozialismus vollständig verloren haben.

Wenn der 9. August eine Konturreizung zum Antikriegstag werden soll, dann richtet sich die SPD. jetzt schon selbst. Die Beteiligung des „Reichsbanners“ am 9. August mag hart oder schwach sein, fest steht aber heute schon, daß die SPD. absolut nicht mehr in der Lage ist, auch nur ein „kleines Teil“ der revolutionären Arbeiterkraft auf die Seite zu bringen. Denn diese Teilnehmer vom 28. Juli bilden den alten Stamm der Arbeiter, welche als heiligstes Ziel ihre Befreiung erstreben. Um solches Kleinbürgerturn, das am 9. August aufmarchiert, wird die SPD. kein aufgeregter Arbeiter beneiden, er wird sich dadurch nur noch mehr mit Abscheu von dieser Partei wenden.

Die deutsche Verfassung befreit aus dem § 48



Der Festarrangeur zur Verfassungsfeier, wie ihn das „Volksblatt“ abgebildet hat

solange es die kapitalistische Gesellschaftsordnung gibt. Es gibt keine Freiheit für 7000 proletarische Geislinge in der Republik, deren Verfassung sie feiern. Es gibt nur eine Einigkeit:

Die Klassenrotte des revolutionären Proletariats.

Die lehnt das „Volksblatt“ ab. Deshalb muß in der schärfsten Weise der strengen Verhöhnung entgegengetreten werden, die das „Volksblatt“ sich dem Symbol der Revolutionäre, der roten Fahne gegenüber, leistet. Nach geltendem Recht diese nationalitätliche oder sozialdemokratischen Geiseln: „unabhängig der Trenne zu unserem leuchtend roten Hammerproleten Kampfbanner“

Wo hat denn die Sozialdemokratie das rote Kampfbanner im Sturm erprobt? Vielleicht da, wo ihr Parteigenosse Runge den wäldischen Deutschtum Riefker auf das halbsche Proletariat hob? Nur ganz abgeteime Pöbeler können so sprechen. Schmeißer, die die rote Fahne, die revolutionäre Symbol — rote Kopfchen der Proletarierinnen und die Pionierführer der Jung-Parteilassen — aus schmähliche beschimpfen, schmählicher noch als die Bourgeoisie. Die Sozialdemokratie hat das Recht verzieht, von „ihrem“ roten Kampfbanner zu sprechen. Sie wirft es damit in den Voratz, in dem sie selbst seit elf Jahren liegt.

Die Verfassung, die die Sozialdemokratie mit dem Reichsbanner feiern will, ist keine Verfassung, die dem Proletariat Frieden und Freiheit garantiert. Wie halbsche auch die politischen Ueberzeugungsumstellungen sind, die man auf die Reichsbannermitgliedern anwenden will, geht allein schon aus dem Programm hervor, das man für diesen Tag aufgestellt hat.

Wir haben es zwar schon lange gelagt. Wir haben sogar das vorjährige Programm veröffentlicht. Auch diesmal hat sich nichts geändert. Vielleicht werden die Operettenmacher heißen: „Vom Karobies bis Hindenburg.“ (Das gibt's nämlich.) Aber die Melodie bleibt dieselbe.

So hind nicht nur Spargroschen durch die Stabt, Beschäftigung des Zoologischen Gartens, sondern auch Ball im „Volkspart“, im „Wintergarten“ und im „Sollinger“ ist vorgesehen. Ob diesmal die Räume wieder die gähnende Leere aufweisen werden wie zur vorigen Verfassungsfeier, weiß man nicht. Damals war doch der Conferencier gezwungen, seinem Publikum — auch das hat das „Volksblatt“ unwiderprochen gelassen — zuzurufen: „Wir eröffnen die Kindererziehung.“

Sie sollen die Kindererziehung ruhig wieder eröffnen.

Was blafen die Trompeten?

Die „Allgemeine Zeitung“ teilt der frömmelnden Bourgeoisie jeweils das Wochenprogramm des Turnabends mit, das auf dem Hausmannshain stattfindet. Diese Woche während des schwärzrotgoldenen Verfassungsumzugs ist beiderseits der Wirt, listig angepaßt. Es wird gefeiert: Sonntag: O Gott, du Franzose!

Was tat die Sozialdemokratie im Krieg? Sie freute sich über die Ausrottung der ganzen „feindlichen“ Bevölkerung und die Verbrennung aller Dörfer und Städte.

„Unsere Truppen können sich nicht aus Verheden heraus von Zivilisten wie Haken abziehen lassen. Beteiligt sich die Zivilbevölkerung am Kampfe, dann hat sie auch die Folgen zu tragen; dann muß sie als kriegsführende irreguläre Macht behandelt und niedergebattet werden, wo immer sie zu paden ist. Not kennt kein Gebot.“ Blüchli wird die Ausrottung der ganzen Bevölkerung jener Städte und die Verbrennung aller Dörfer und Städte die notwendige Folge der deutschen Selbsthaltung sein. Und neben den Männern werden die Weibchen von Frauen und Kindern die Wolltät der Guerillakrieges bededen.

Das ist nicht alles. Sowie der Vernichtungskampf, der Verwesungskampf, fortgesetzt wird, muß nicht bloß das Gebiet, das zum Durchmarsch nach Frankreich nötig ist, sondern muß das ganze Belgien in den Krieg mit hineingezogen werden. Das heißt, die empfindliche Partie der Bevölkerung aller und alles leidet, die empfindliche Partie der Bevölkerung aller und alles leidet, die empfindliche Partie der Bevölkerung aller und alles leidet, die empfindliche Partie der Bevölkerung aller und alles leidet.

Magdeburger „Volksstimme“, Nr. 186, Seite 1, Mittwoch, den 12. August 1914.

Was tat die Sozialdemokratie mit denen, die den Krieg beenden wollten? Sie jagte.

Liebtwecht verlängert den Krieg

Zwei sozialdemokratische Abgeordnete allerdings haben die Verpflichtung zur einheitlichen Stimmabgabe, die ihnen durch Partei- und Fraktionsbeschlüsse auferlegt worden ist, in den Wind geschlagen und haben demontriert gegen ihre Fraktionskollegen vorzert. Es sind dies die Genossen Liebtwecht und Rühle. Ueber Liebtwechts Verhalten wird in späterer Parteilage zu urteilen haben. Rühls hat über diese Abweichung, sondern über sein ganzes Verhalten während der Kriegszeit, das darauf hinausläuft, aber: Einigkeitnahme eines Partei-Kampfes in den Weg zu werfen. Um hat sich jetzt Genosse Rühle angeschlossen.

Eine solche Entwertung der Gegner zu verhängen, die tatsächlich zu einer Verlängerung des Krieges geführt hätte, erschien nach dieser Auffassung erste Pflicht.“

Magdeburger „Volksstimme“, Nr. 69, Seite 1, 23. März 1915. Was tat die Sozialdemokratie für die darsenden Frauen und Kinder im Hinterland? Sie jagte:

Frecht Kohlrüben!

Sie sind leicht verdaulich, nahrhaft, beuam zubereiten und schmackhaft.

„Der geringe Ausfall der letzten Kartoffelernte nötigt dazu, Ersatzmittel heranzuziehen. Als solches eignet sich in hohem Grade die Kohlrübe. Sie ist leicht verdaulich und enthält die Nährstoffe in leicht verdaulicher Form; der Gehalt an hochwertigem Eiweiß ist bedeutend höher, die Zubereitung beuam, die Haltbarkeit ist größer, die Frostempfindlichkeit kleiner. Die Zahl der Kohlrüben-gerichte ist unübersehbar groß. Außer der bekannten Zubereitung nach Art des Gemüses ist vor allem an die Verwendung in guten Suppen erinnert. Erfrischungsgemäß gewährt man sich nach der Eisdama. Wenn dieser aber nicht gefallen, der kann ihn sehr leicht durch Zwiebeln, mangelrei Gemüsz oder andere Präparate (z. B. Maggi) verbeden.“

Die Streckung der Lebensmittel durch Kohlrüben wird durch deren hervorragende Einigung zu Mischgemüsen sehr erleichtert. Jede Hausfrau sollte daher bei den Gerichten von Kartoffeln, Mören und allen Gemüsen ständig Kohlrüben beuam.“

Magdeburger „Volksstimme“, Nr. 271, Seite 5, vom 17. November 1916.

Und heute sagt das nationalitätliche „Volksblatt“:

„Allen nationalitätlichen und halbscheinlichen Feckern zum Trotz werden die Republikaner mit dem Reichsbanner am Sonnabend und Sonntag die schwarzrotgoldenen Fahnen der Republik entfallen

